



## Protokoll

### des Einwohnerrats Zofingen

#### Amtsperiode 2022–2025

#### 6. Sitzung 2025

Datum	Dienstag, 25. November 2025
Zeit	18.00 – 22:08 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär
Anwesend	<b>36 Mitglieder des Einwohnerrats</b> Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat <sup>5, 6</sup> Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>5</sup> Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin <sup>6</sup> Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat Graf Michèle (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat <sup>3</sup> Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat <sup>1</sup> Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André (FDP/ZM), Einwohnerrat Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin <sup>6</sup> Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat <sup>5</sup> McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin <sup>3, 4</sup> Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>4, 6</sup> Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin <sup>5</sup> Negri Marco (SVP), Einwohnerrat <sup>6</sup> Plüss Andrea (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin <sup>4</sup> Schifferle Zeno (EVP/Die Mitte), Einwohnerrat Schnider Christian (glp), Einwohnerrat

Schürch Claudia (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin<sup>5, 6</sup>  
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin  
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin  
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Szedlák Stéphanie (EVP/Die Mitte)  
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin  
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat<sup>2</sup>  
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin<sup>5</sup>  
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

**Entschuldigt**

Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat  
Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin  
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat  
Schindler René (SVP), Einwohnerrat

**Legende**

<sup>1</sup>Präsident  
<sup>2</sup>Vizepräsident  
<sup>3</sup>Stimmzähler/in Einwohnerrat  
<sup>4</sup>Stimmzähler/in Wahlbüro  
<sup>5</sup>Mitglied FGPK  
<sup>6</sup>Fraktionspräsident/in

**Verteiler**

Mitglieder des Einwohnerrats  
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 11. Februar 2026 auf [www.zofingen.ch](http://www.zofingen.ch).

<b>Traktanden</b>	Seite
1. Mitteilungen	4
2. ER.2025.032 Budget 2026 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2026 sowie Investitionsplanung 2026-2035 der Einwohnergemeinde Zofingen	5
3. Umfrage	30
4. Verabschiedung ausscheidende Mitglieder Einwohnerrat und Stadtrat sowie Schlussworte Stadtpräsidentin und Einwohnerratspräsident zum Ende Amtsperiode 2022-2025	33



---

## Traktandum 1 – Mitteilungen

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,  
begrüsst die im Saal anwesenden Personen zur heutigen und letzten Sitzung der Amtsperiode  
2022–2025.

Für die heutige Sitzung haben sich Joël Brünisholz, Rahel Gassner, Attila Gygax und René Schindler  
entschuldigt. André Kirchhofer trifft später ein und Barbara Willisegger wird die Sitzung vorzeitig ver-  
lassen.

Der Rat ist **aktuell mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Der Präsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.  
*Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste wird somit genehmigt.*

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. November 2025** ist noch ausstehend.

Es sind keine neuen parlamentarische Vorstösse eingegangen.

---

## Traktandum 2

### ER.2025.032

#### **Budget 2026 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuereffusses für 2026 sowie Investitionsplanung 2026-2035 der Einwohnergemeinde Zofingen**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Michael Wacker**, Referent FGPK

Die FGPK erhält am 11. September das Budget, die Investitions- und die Finanzpläne und prüft diese anschliessend intensiv. Zweierteams formulieren schriftliche Fragen, die der Stadtrat zufriedenstellend beantwortet. Ziel der Prüfung ist keine politische Bewertung, sondern eine finanztechnische Überprüfung als Grundlage für die Fraktionsdiskussionen, damit alle Mitglieder des Einwohnerrats über denselben Wissensstand verfügen. Finanzpolitische Überlegungen fliessen dennoch in die Beurteilung ein.

Finanztechnisch zeigt das Budget 2026 kaum Auffälligkeiten, abgesehen von einer deutlichen Kreditüberschreitung beim Bahnhofplatz. Ob diese kreditrechtlich korrekt ist, bleibt offen; die Kommission erwartet die Kreditabrechnung im nächsten Jahr. Bereits im Vorjahr hält die Kommission fest, dass sich die Zukunftsaussichten der Zofinger Finanzlage eingetrübt haben und der Handlungsspielraum kleiner wird. Diese Einschätzung gilt weiterhin.

Eine knappe Mehrheit findet, dass in der laufenden Rechnung noch Spielraum besteht und der Aufwand enttäuschend ausfällt. Der steigende Sachaufwand zeige wenig Spar- und Optimierungswillen. Eine knappe Minderheit betrachtet das Budget hingegen als politisch tragfähigen Kompromiss. Einig ist sich die Kommission in der Sorge über die hohen Investitionen über das Jahr 2035 hinaus.

Die Abstimmungsergebnisse spiegeln dieses Bild: Antrag 1 des Stadtrats, das Budget, empfiehlt die FGPK einstimmig mit 8:0 Stimmen zur Annahme; 1 Person ist entschuldigt. Antrag 2, die Kenntnisnahme der Investitionen und Finanzpläne, empfiehlt sie mit 6:2 Stimmen.

Das Präsidium gibt zusätzlich eine eigene Einschätzung ab, die nicht die Meinung der Kommission widerspiegelt. Aus der kantonalen Budgetdebatte zeigt sich ein ähnliches Muster: Die Ratsrechte versucht in Aarau stark zu sparen, die Linke bezeichnet dies als staatschädigend. Die Diskussionen verlaufen hart, politische Weltanschauungen prallen aufeinander. Der Grosse Rat ringt stundenlang um das Budget, zahlreiche Sparmassnahmen werden beschlossen, verabschiedet ist es jedoch noch nicht.

Auf kommunaler, wie kantonalen Ebene zeigt sich dasselbe Problem: Personal- und Sachaufwände steigen stetig, gleichzeitig besteht ein hoher Investitionsbedarf oder Investitionsstau. Die politischen Argumente ähneln sich. Ein Unterschied bleibt: Der Kanton kann Aufgaben und Kosten an die Gemeinden weitergeben – und tut dies regelmässig. So kürzt die Mehrheit im Grossen Rat etwa Beiträge an die Wirtschaftsförderung oder die frühkindliche Förderung, Themen, die auch im Einwohnerrat bereits diskutiert wurden.

Finanzpolitik erweist sich als Verbundaufgabe: Wer übernimmt welche Aufgaben, wer finanziert sie und wie erfolgt die Finanzierung? Die Zuständigkeiten von Bund, Kanton und Gemeinden sind komplex, und die Gemeinden stehen dabei am kürzesten Hebel. Sie tragen die Folgen nationaler und kantonalen Entscheide. Für Zofingen bedeutet das: Vor rund 15 Jahren führt die Stadt ein Spar- und Optimierungsprogramm durch, angestossen von der FDP. Alle Parteien arbeiten damals eng zusammen, es herrscht breite Einigkeit und kaum Verteilungskampf. Seither haben sich Einwohnerrat und Stadtrat stark erneuert, und die heutigen Diskussionen erinnern an jene vor den damaligen Optimierungsübungen. Angesichts der sich laufend verändernden Rahmenbedingungen wäre eine erneute Optimierungsrunde wohl sinnvoll.

Die laufende Rechnung bleibt schwer prognostizierbar. Ob sie die Investitionen und Abschreibungen deckt, lässt sich über längere Zeiträume kaum zuverlässig voraussagen. Planungen über mehr als fünf Jahre hinaus gleichen eher Kaffeesatzlesen. Positiv bewertet wird, dass der Stadtrat inzwischen einen nahezu vollständigen Investitionsplan vorlegt. Die Finanzierung bleibt jedoch eine grobe Schätzung. Aufgabe des Parlaments ist es deshalb, laufende Kosten und Einnahmen jährlich zu beurteilen und zu optimieren. Die Erfahrung zeigt, dass die Rechnungen jeweils besser abschneiden als die Budgets vermuten lassen.

Je weiter ein Finanzplan in die Zukunft reicht, desto ungenauer werden die Aussagen. Seit Jahren erscheinen die Finanzpläne düster, die Herausforderungen gross. Trotzdem steht Zofingen heute finanziell sehr gut da. Ein Blick ins Budget 2016 zeigt: Für Ende 2024 prognostiziert der Stadtrat eine Nettoschuld von 29,1 Mio. Franken. Tatsächlich weist die Rechnung Ende 2024 ein Nettovermögen von 10,6 Mio. Franken aus – eine Differenz von fast 40 Mio. Franken.

Die FGPK empfiehlt das Budget einstimmig zur Annahme. Die Investitions- und Finanzpläne werden mit 6:2 Stimmen zur Kenntnis empfohlen. Persönlich hält das Präsidium fest, dass langfristige Finanzpläne eine enorme Ungenauigkeit aufweisen. Diese Unsicherheit soll künftig in allen Überlegungen und Aussagen berücksichtigt werden.

**Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne)**

Die Fraktion der Grünen beurteilt das Budget 2026 als soliden, tragbaren Kompromiss und nimmt die prognostizierte Nettoverschuldung sowie die steigenden Sach- und Betriebsaufwände ernst. Das Budget steht im Kontext hoher Investitionskosten, insbesondere für das Oberstufenzentrum. Viele Investitionen sind jedoch durch einen physischen Gegenwert gedeckt. Trotz eingetrübter Aussichten zeigt der Gesamtblick, dass Zofingen finanziell gut aufgestellt ist – sichtbar im budgetierten Ertragsüberschuss von 2,1 Mio. Franken und im Versicherungswert der städtischen Liegenschaften von 350 Mio. Franken.

Die Grünen warnen davor, die Ausgaben in den kommenden Jahren auf das Minimum zu reduzieren. Durch die Umnutzung verschiedener Entwicklungsgebiete entsteht neues Potenzial, auch steuerlich. In den nächsten 10 Jahren entstehen rund 700 neue Wohnungen, was einem Bevölkerungswachstum von etwa 16 % allein in diesen Gebieten entspricht. Um attraktiv zu bleiben, soll die Stadt vorausschauend in Lebensqualität investieren – in Infrastruktur, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit. Strategische Fokussierung und die Bereitschaft, anstehende Aufgaben anzupacken, werden als zentral erachtet. Die Diskussion darüber, was sich die Stadt leisten will und worauf sie verzichten kann, bleibt notwendig, jedoch ohne Kürzungen, die spätere Generationen belasten.

Die Fraktion empfiehlt, die beantragte Erhöhung der Stellenprozente im Hochbau und im Werkhof vorerst nicht zu bewilligen, bis der stadträtliche Ausschuss und die neu zusammengesetzte Abteilungsleitung geklärt sind. Sollten sich daraus zusätzliche Stellen ergeben, könne der Einwohnerrat diese im nächsten Jahr bewilligen. Wachstum sei nur sinnvoll, wenn neue Stellen einen klaren Mehrwert schaffen.

In der Detailberatung wird die Fraktion zudem beantragen, den Beitrag für Dienstleistungen Dritter für Projektierungskosten zur Aufwertung des Tierparks Heitern zu streichen. Die Grünen stimmen dem Budget zu und nehmen den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis.

**Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)**

Die glp stellt fest, dass Budgetdebatten stark von Zahlen geprägt sind, erinnert jedoch daran, dass hinter diesen Zahlen Menschen, Projekte und Visionen für Zofingen stehen. Der Einwohnerrat trägt die Verantwortung, kritisch zu prüfen und im Rahmen seiner Kompetenzen Einfluss zu nehmen. Die Fraktion beurteilt das Budget danach, ob es sinnvoll, zielgerichtet, entwicklungsfähig und nachhaltig ist.

Da der finanzielle Handlungsspielraum kleiner wird, sieht die glp Optimierungspotenzial bei den laufenden Kosten, insbesondere beim Personal. Bereits im Vorjahr setzt die Fraktion dort an und hält auch dieses Jahr daran fest – in Anerkennung, dass gutes Personal zentral für den Erfolg der Gemeinde ist. Aus ihrer Sicht fehlt jedoch ein politischer Prozess, der sicherstellt, dass Stellen strategisch eingesetzt, bei Fluktuation überprüft und bei Bedarf umverteilt werden. Zudem soll die Verwaltung nicht überproportional wachsen.

Die glp sieht wie andere Fraktionen Kürzungspotenzial bei neu beantragten Stellen. Besonders kritisch beurteilt sie die geplante 50%-Juristenstelle. Das juristische Fachgebiet sei breit, weshalb externe Expertise zielgerichteter und effizienter sei. Die Verwaltung müsse lediglich entscheiden können, wann juristische Beratung nötig ist; diese Kompetenz traut die Fraktion Stadtrat und Verwaltung zu.

Die glp beurteilt die 30%-Stelle beim Werkhof als ungenügend begründet. Nach einer Vorabgespräche verzichtet die Fraktion jedoch auf einen eigenen Antrag und unterstützt den angekündigten Antrag der SP zur Kürzung der Stellenprozente. Wichtig ist ihr, dass es sich um eine globale Kürzung handelt, damit der Stadtrat weiterhin entscheiden kann, wo die verbleibenden Ressourcen am sinnvollsten eingesetzt werden – ein Vorgehen, das sich aus ihrer Sicht bereits im Vorjahr bewährt hat.

Zusätzlich beantragt die glp, die geplante Lohnerhöhung von 1 % auf 0,5 % zu reduzieren. Die Fraktion betont, dass dies kein Ausdruck mangelnder Wertschätzung sei. Angesichts einer Teuerung von 0,1 % bis maximal 0,2 % sowie marktüblichen Anpassungen seien 0,5 % eine faire und angemessene Lohnerhöhung. Der Antrag wird im Sinne der finanziellen Nachhaltigkeit gestellt.

Weitere Anmerkungen oder Änderungswünsche zum Budget bringt die glp nicht ein.

#### **Claudia Schürch**, Fraktionsvotum (EVP/Die Mitte)

Die Fraktion EVP/Die Mitte beurteilt das Budget als solide, jedoch wenig ambitioniert. Das Wachstum Zofingens bringt zwar Mehraufwand mit sich, dennoch sieht die Fraktion angesichts der kommenden Investitionen die Notwendigkeit, künftig ambitionierter zu budgetieren. Sie verzichtet bewusst darauf, zahlreiche Detailpositionen herauszugreifen und punktuell zu kürzen, und signalisiert stattdessen Bereitschaft, in der neuen Legislatur einem enger gefassten Budget zuzustimmen. Wo der Stadtrat konkret ansetzen will, bleibt für die Fraktion offen.

Die EVP/Die Mitte unterstützt die im Budget vorgesehene Lohnerhöhung von 1 %. Sie betrachtet diese als sinnvoll, um Mitarbeitende gezielt weiterzuentwickeln und gute Fachkräfte zu halten.

Gleichzeitig sieht sie die Notwendigkeit, das Stellenwachstum insgesamt zu bremsen. Über einzelne Stellen will sie jedoch nicht spekulieren, da dies nicht in ihrer Kompetenz liege. Je nach eingereichten Anträgen wird die Fraktion einem davon zustimmen oder einen eigenen einreichen.

Die Fraktion kritisiert, dass gewisse Anträge erst kurz vor Sitzungsbeginn eintreffen, was die Vorbereitung erschwert, und dankt jenen Fraktionen, die ihre Anträge frühzeitig eingereicht haben.

#### **Franziska Kremer**, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion stellt fest, dass die letzte Sitzung des Jahres zwar nicht zu den beliebtesten gehört, aber dennoch einen wichtigen Moment darstellt: Rückblick, Ausblick und die Diskussion zentraler Projekte anhand von Budget und Investitionsrechnung. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass hinter den Zahlen monatelange Arbeit, Visionen und gemeindepolitische Perspektiven stehen, die in der Budgetdebatte oft stark zerlegt werden.

Die Fraktion dankt der FGPK für die sorgfältige Prüfung sowie allen Mitarbeitenden der Stadt, die mit hoher Budgetdisziplin täglich zum Wohl der Bevölkerung arbeiten. Das Budget 2026 wird zur Kenntnis genommen, und in der Detailberatung kündigt die SP ergänzende Anträge an. Aus Sicht der gesamten Fraktion liegt ein solides, tragfähiges und unspektakuläres Budget vor, das jedoch zu-

verlässig funktioniert. Angesichts der knapper werdenden finanziellen Mittel und der hohen Investitionen – etwa für das Oberstufenzentrum – betont die SP die Verantwortung des Einwohnerrats, stets die bestmöglichen Lösungen für die Bevölkerung zu erarbeiten.

Die Fraktion anerkennt die hohen Ausgaben und die begrenzten Spielräume, hält es aber für zentral, dass sich der Einwohnerrat mit diesen Herausforderungen auseinandersetzt. Zofingen soll lebenswert, lebendig und innovativ bleiben. Solide Finanzen seien wichtig, doch die Stadt dürfe nicht totgespart werden. Infrastruktur, Dienstleistungen, Kultur, Bildung und Angebote für alle Generationen müssten erhalten und weiterentwickelt werden. Leistungen für die Bevölkerung sollen sinnvoll, erreichbar und effizient bleiben.

Mit Blick auf die geplanten rund 600 neuen Wohnungen betont die SP die Notwendigkeit tragfähiger Infrastruktur, guter Mobilität und attraktiver Naherholungsgebiete. Die Fraktion bleibt bereit, konstruktiv mitzuwirken, notwendige Anpassungen im Sinne der Bevölkerung zu ermöglichen und gemeinsame Lösungen zeitnah zu finden. Sie setzt sich für ein Budget und Investitionspläne ein, die soziale Gerechtigkeit sowie nachhaltige und innovative Entwicklung fördern.

Die SP kündigt einen Antrag zur Kürzung des Stellenetats an – nicht um Stellen grundsätzlich abzulehnen, sondern um diese erst dann zu bewilligen, wenn klar ist, welche Funktionen tatsächlich benötigt werden. Die Investitionspläne nimmt die Fraktion grossmehrheitlich zur Kenntnis.

#### **Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)**

Die SVP-Fraktion prüft das Budget 2026 sorgfältig und anerkennt, dass der Stadtrat eine solide und finanziell tragbare Vorlage präsentiert. Das budgetierte Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 2,1 Mio. Franken und einer verbesserten Selbstfinanzierung wird positiv gewürdigt. Gleichzeitig stellt die Fraktion fest, dass diese Verbesserung primär auf höheren Fiskalerträgen beruht, insbesondere auf dauerhaft höheren Einnahmen der juristischen Personen von rund 2,6 Mio. Franken. Strukturelle Einsparungen oder Effizienzsteigerungen seien nicht der Hauptgrund für das bessere Ergebnis.

Die SVP erwartet, dass der Stadtrat diese positive Entwicklung nicht als Freipass für neue Ausgaben versteht, sondern zur Stärkung der Eigenfinanzierung und zur Kontrolle der Verschuldung nutzt. Die Personalkosten beurteilt die Fraktion kritisch. Die beantragten Stellenerhöhungen überzeugen sie nicht in allen Bereichen, da der Mehrwert für die Bevölkerung teilweise ungenügend ausgewiesen sei. Aus Sicht der SVP sollen Effizienzsteigerungen, Prozessoptimierungen und klare Prioritäten vor personellen Ausweitungen stehen.

Trotz dieser Vorbehalte stimmt die SVP dem Budget 2026 zu und kündigt weitere Anträge im Verlauf der Debatte an. Sie hält fest, dass die verbesserte Ergebnissituation hauptsächlich externen Steuererträgen zu verdanken ist und nicht ausreichenden Sparanstrengungen. Zusätzliche Mittel sollen konsequent zur Stärkung der Eigenfinanzierung eingesetzt werden.

#### **Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP/ZM)**

Das Budget gilt als Momentaufnahme, während Finanz- und Investitionspläne mehr über die mittel- und langfristige Lage der städtischen Finanzen aussagen. In Zofingen stehen in den nächsten 10 Jahren Investitionen von rund 95 Mio. an, vor allem in Bildung und Verkehr. Die FDP-ZM-Fraktion unterstützt diese Vorhaben, da sie für die Entwicklung der Stadt zentral sind, auch wenn über das Volumen diskutiert werden kann.

Der entscheidende Hebel liegt aus ihrer Sicht jedoch in der Erfolgsrechnung, weil dort jährlich wiederkehrende Kosten entstehen. Eine zusätzliche Stelle mit 150'000 Franken pro Jahr führt über 10 Jahre zu 1,5 Mio. Franken. Trotz vieler gebundener Ausgaben bestehen gewisse Spielräume, insbesondere durch effizientere Aufgabenerfüllung. Die Fraktion sieht Optimierungspotenzial und betrachtet das Stellenwachstum kritisch. Zwischen 2021 und 2024 wächst die Bevölkerung um 5 %, die Anzahl Stellen jedoch um 16 %, was sie als deutliche Diskrepanz einstuft. Sie fordert Zurückhaltung

beim Stellenaufbau und unterstützt den Antrag der SP-Fraktion, die Erhöhung um 130 % zu reduzieren.

Die FDP/ZM-Fraktion betont, dass der Stadtrat am besten beurteilt, wo auf Stellenaufstockungen verzichtet werden kann, da er Abläufe und Zusammenhänge kennt. Politisch formuliert sie jedoch klare Wünsche. Sie sieht zwei Hauptbereiche mit Sparpotenzial: die juristische 50%-Stelle, die sie als "nice to have" einstuft, da die Argumentation zur Reduktion externer Kosten nicht nachvollziehbar ist, sowie die Stelle der Stadtplanerin, deren Nutzen sie weiterhin als ungenügend beurteilt. Trotz eines Jahres Stellenbesetzung erkennt sie keine klaren Fortschritte und hält den Aufwand-Nutzen-Effekt für ungünstig.

Die Fraktion weist zudem darauf hin, dass auch der Einwohnerrat Verantwortung trägt. Neue Vorstösse erzeugen oft zusätzlichen Verwaltungsaufwand und können Stellenbegehren auslösen. Sie fordert deshalb mehr Zurückhaltung bei Regulierungen.

Beim Lohnbeschluss unterstützt sie den Antrag der glp für eine Erhöhung von 0,5 %, da dies angesichts einer Jahreststeuerung von 0,1 bis 0,2 % als fair gilt. Abschliessend stellt sie klar, dass es nicht um Sparen im Sinne von Kürzen geht, sondern um das Bremsen des Ausgabenwachstums. Die Ausgaben steigen weiterhin, jedoch weniger stark als vom Stadtrat vorgesehen.

*André Kirchhofer trifft um 18.40 Uhr ein.*

***Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 36***

**Peter Siegrist**, Stadtrat

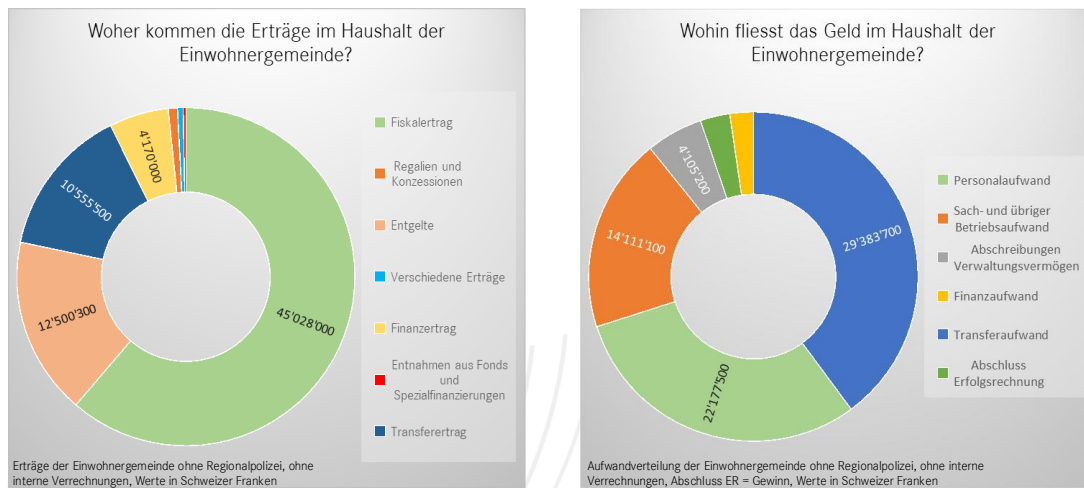
Der Stadtrat präsentiert das Budget 2026 und die Finanzplanung. Der Steuerfuss bleibt bei 99 %. Das Seniorenzentrum ist nicht mehr Teil des Budgets, weshalb Vergleiche mit Vorjahren nur bedingt möglich sind. Die Stadt verzeichnet höhere Erträge bei den juristischen Personen, gleichzeitig bleiben die Kosten für Hochbauinfrastruktur hoch. Mehr Klassen führen zudem zu steigenden Ausgaben für Schulmaterial und Mobiliar. Für 2026 sind punktuelle Ressourcenerhöhungen vorgesehen. Die Abschreibungen fallen aktuell tiefer aus, steigen jedoch, sobald das Oberstufenzentrum in Betrieb geht. Trotz hoher Investitionen profitiert die Stadt von tiefen Zinssätzen und kann Fremdkapital günstig aufnehmen.

Im Budget 2026 ergibt sich bei den betrieblichen Tätigkeiten nahezu eine Nullrunde: Bei 72 Mio. Aufwand bleibt eine Differenz von 300'000 Franken. Mit dem Finanzierungsergebnis resultiert ein operativer Gewinn von 2,1 Mio., was gegenüber 2025 einer Steigerung von 53 % entspricht und Spielraum für künftige Investitionen schafft. Die Investitionen betragen 26,2 Mio., weniger als 2025, da das Oberstufenzentrum weit fortgeschritten ist. Die Investitionseinnahmen steigen, der Investitionsbedarf liegt bei 19,3 Mio. Die Selbstfinanzierung beträgt 6,2 Mio., womit ein Finanzierungsfehlbetrag von 13 Mio. entsteht. Im Vergleich zu 2025 benötigt die Stadt jedoch deutlich weniger Fremdkapital, was Zinskosten spart.

Die nachstehenden Grafiken zeigen die Herkunft der Erträge und die Verwendung der Mittel. Ein grosser Teil des Aufwands entfällt auf den Transferaufwand, insbesondere den Finanzausgleich. Während finanzschwache Gemeinden davon profitieren, leistet Zofingen als finanziell starke Gemeinde entsprechende Beiträge.



## Aufwand und Ertrag nach Artengliederung



Die Stadt gibt im Finanzausgleich doppelt so viel ab, wie sie erhält, steht aber insgesamt solide da. Der Finanzaufwand kann dank Finanzerträgen gedeckt werden, da die Stadt wenig Fremdkapital hat und mit ihrem Finanzvermögen Erträge erzielt. Die Zinsen belasten das Budget deshalb kaum, was als Zeichen gesunder Finanzen gilt.

Seit 2018 fällt die Rechnung jeweils besser aus als budgetiert, der Nettoaufwand liegt tiefer als erwartet. Für 2026 steigt der Nettoaufwand um 56 Franken pro Einwohner. Der Finanzplan ist in zwei Fünfjahresperioden gegliedert: Bis 2030 gelten die Prognosen als relativ zuverlässig, danach nehmen die Unsicherheiten stark zu. Das operative Ergebnis wird in den kommenden Jahren vor allem durch steigende Abschreibungen und höhere Fremdkapitalzinsen geprägt. Das heutige Nettoguthaben pro Einwohner wird voraussichtlich 2027 in eine Nettoschuld übergehen. Da die Rechnung 2025 voraussichtlich positiv ausfällt, verschiebt sich dieser Zeitpunkt gegenüber früheren Annahmen erneut nach hinten.

Der Stadtrat strebt langfristig eine durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von 2000 Franken an. Diese wird während rund 5 Jahren überschritten, bevor sich die Werte wieder stabilisieren.

Die Stadt spricht im Zusammenhang mit der erwarteten Nettoschuld eigentlich von Fremdkapital pro Einwohner, dem jedoch stets ein Gegenwert in Form von Infrastruktur gegenübersteht. Gebäude wie das Oberstufenzentrum generieren neben Abschreibungsbeiträgen auch Mieterträge der angeschlossenen Gemeinden. Die Investitionen schaffen somit langfristige Werte, die über Jahrzehnte bestehen bleiben.

Für die Finanzplanung 2031 bis 2035 arbeitet die Stadt mit Hochrechnungen, die aufgrund vieler unbekannter Faktoren nur begrenzt verlässlich sind. Politische Entscheide wie die anstehende Bundesabstimmung können das Budget wesentlich beeinflussen. Auch frühere Beschlüsse wie die Einführung der 13. AHV-Rente zeigen, dass deren Finanzierung unterschiedliche Auswirkungen haben kann: Werden Sozialleistungen belastet, steigen die Sozialkosten; wird die Mehrwertsteuer erhöht, verteuern sich Investitionen und Sachkosten. Wie sich diese Faktoren entwickeln, ist derzeit offen. Die geopolitische Lage bleibt unberechenbar und beeinflusst die Volkswirtschaft positiv wie negativ. Je weiter die Finanzplanung in die Zukunft reicht, desto unsicherer wird sie, weshalb der Finanzplan

jährlich aktualisiert und an neue Erkenntnisse angepasst wird. Ziel ist, Bedürfnisse und finanzielle Möglichkeiten laufend abzugleichen.

Die Bilanz zeigt eine solide Ausgangslage. Die Eigenkapitalquote liegt bei 66,6 %, der Deckungsgrad des Verwaltungsvermögens bei 87,1 %. Die städtischen Immobilien sind mit 225 Mio. Franken bilanziert, während der Versicherungswert bei 350 Mio. liegt. Diese Werte bilden ein stabiles Fundament, das auch in unsicheren Zeiten Sicherheit bietet. Fremdkapital wird bewusst als Investition in Infrastruktur verstanden, nicht als reine Verschuldung.

Der Stadtrat betont, dass die Stadt über Potenzial zur Aufnahme von Fremdkapital verfügt, dieses aber verantwortungsvoll einsetzen muss. Abschreibungen und Gewinnbeiträge sollen sicherstellen, dass die Finanzierung langfristig tragfähig bleibt.

Zum Schluss dankt der Stadtrat der Verwaltung für die Budgeterstellung. Das vorgelegte Budget versteht er als tragfähigen Kompromiss, der unterschiedliche Interessen berücksichtigt und eine solide Grundlage für die weiteren Beratungen bildet.

*Das Budget 2026 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2026 wird im Detail beraten.*

## 0. Korrekturen des Einwohnerrats (Seite 3)

*Keine Wortmeldungen*

## 1. Einleitung (Seiten 3 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

## 2. Ergebnisse Budget 2026 (Seiten 6 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

## 3. Kennzahlen (Seiten 19 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

## 4. Bemerkungen zum Budget der Erfolgsrechnung (Seiten 25 ff.)

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Es liegt ein Antrag der glp-Fraktion vor:

*Besoldungen, Seite 25: Der vom Stadtrat vorgeschlagene Lohnzuwachs sei von 1 % auf 0,5 % zu kürzen.*

*Diskussion zum Antrag*

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

betont, dass die Lohnerhöhung von 1 % nicht nur die Teuerung abdeckt, sondern auch weitere Faktoren gemäss § 37 des Personalreglements berücksichtigt. Dazu gehören steigende Lebenshaltungskosten wie Krankenkassenprämien, die 2025 um 4,4 % zunehmen und nicht in der Teuerung enthalten sind, die wirtschaftliche Lage, die finanzielle Situation der Stadt sowie der weiterhin angespannte Personalmarkt. Diese Kriterien werden gemeinsam mit der Personalkommission geprüft.

Sie unterstreicht, dass die Qualität der städtischen Dienstleistungen von Kompetenz, Verlässlichkeit und Motivation der Mitarbeitenden abhängt. Wertschätzung müsse sich deshalb auch in einer angemessenen Lohnentwicklung zeigen. Eine Reduktion des Lohnsummenanstiegs auf 0,5 % würde zwar 96'812 Franken sparen, sei jedoch im Verhältnis zum Gesamtaufwand von 71 Mio. Franken unbedeutend und hätte negative Folgen für Motivation, Bindung und Attraktivität als Arbeitgeber. Mit 0,5 % liesse sich weder Leistung angemessen honorieren noch die Kaufkraft sichern.

Guyer verweist auf den Lohnvergleich mit der BDO, der zeigt, dass Zofingen gut, aber nicht an der Spitze liegt. Auch im Vergleich mit anderen Gemeinden liegt ein Lohnsummenanstieg von 1 % im üblichen Rahmen: Aarau, Baden, Rheinfelden, Rothrist und Aarburg haben ebenfalls 1 %, Oftringen 1,5 %. Damit bleibt Zofingen konkurrenzfähig.

Der Stadtrat sieht im 1%-Anstieg eine ausgewogene Lösung, die faire Löhne ermöglicht, Leistungen honoriert, die Kaufkraft schützt und die Arbeitgeberattraktivität stärkt, ohne das Budget spürbar zu belasten. Sie bittet den Einwohnerrat, am Vorschlag festzuhalten, da Wertschätzung auch konkrete Massnahmen erfordert.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

er erinnert daran, dass der Einwohnerrat zuletzt 2023 über Lohnerhöhungen diskutiert hat. Damals begründete der Stadtrat den Bedarf mit Nachholbedarf aus früheren Jahren und kündigte an, tiefere Teuerungen später auszugleichen. Er verweist auf den Kanton, wo der Regierungsrat 0,85 % für die Systempflege und 0,7 % für die Teuerung vorschlägt, insgesamt 1,55 %. Im Einwohnerrat liegen nun Anträge für 0,7 % Systempflege und 0,2 % Teuerung vor.

Er zeigt sich erstaunt, dass der Antrag der gip kommt, obwohl diese auf kantonaler Ebene ähnliche Vorstösse nicht unterstützt. Er betont, dass es nicht nur um Teuerung geht, sondern auch um Systempflege, Wertschätzung und Nachholbedarf. Eine zu tiefe Lohnerhöhung schade der Motivation und der Fähigkeit, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Wer jährlich über minimale Anpassungen streite, dürfe sich nicht wundern, wenn Fachkräfte abwandern oder sich gar nicht erst bewerben.

Er verweist auf den Lohnvergleich im Kanton Aargau beim Staatspersonal, wonach Zofingen mit 2,4 % unter dem Niveau der umliegenden Kantone liegt. Aus seiner Sicht besteht klarer Aufholbedarf. Er fordert den Einwohnerrat eindringlich auf, den Antrag auf Reduktion abzulehnen und den Vorschlag des Stadtrats zu unterstützen.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

betont, dass die Einsparung von rund 98'000 Franken zwar klein wirkt, sich aber jährlich wiederholt und langfristig die Lohnsumme erhöht. Der Einwohnerrat habe die Aufgabe, das Gesamtbudget kritisch zu prüfen und langfristige Entlastungen zu suchen. Die vorgeschlagene Reduktion auf 0,5 % sei kein Ausdruck mangelnder Wertschätzung, sondern ein fairer Mittelweg, da weiterhin eine Lohnerhöhung vorgesehen ist.

Sie weist darauf hin, dass Kündigungen oder fehlende Bewerbungen selten wegen einer Differenz zwischen 0,5 % und 1 % erfolgen. Wichtiger seien Faktoren wie Work-Life-Balance, Homeoffice-Möglichkeiten, Infrastruktur, Arbeitsbelastung, Führung und Arbeitsklima. Diese Aspekte hätten deutlich mehr Einfluss auf die Arbeitgeberattraktivität als die Höhe der jährlichen Lohnanpassung.

Die Reduktion sei weder einschneidend noch entwertend, und der Antrag solle nicht als fehlende Wertschätzung interpretiert werden. Wertschätzung könne sich in vielen Formen zeigen, nicht nur über den Lohn. Sie bittet den Einwohnerrat, den Antrag zu unterstützen, betont aber, dass der demokratische Entscheid in jedem Fall akzeptiert wird.

**Yolanda Senn Ammann**, Einwohnerrätin,

betont, dass 100'000 Franken für die Stadt zwar kein grosser Betrag sind, eine kleine Lohnerhöhung für Mitarbeitende jedoch spürbar bleibt, da Lebenshaltungskosten und Teuerung weiter steigen. Die SNB prognostiziert für das kommende Jahr 0,5 % Teuerung ohne steigende Lebenshaltungskosten, weshalb sie eine Reduktion der Lohnerhöhung als unnötig kleinlich empfindet. Das 1 % sei eine moderate, angemessene Wertschätzung.

Sie weist darauf hin, dass tiefere Löhne langfristig zu höherer Fluktuation führen können. Neue Mitarbeitende verursachen zusätzliche Kosten und benötigen Einarbeitung. Eine faire Lohnentwicklung sei daher auch wirtschaftlich sinnvoll. Sie bittet den Einwohnerrat, dem 1 % zuzustimmen.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

erinnert daran, dass es bei Lohnerhöhungen auch um Systempflege geht. Sie verweist auf den sogenannten Mutationsgewinn: Wenn Mitarbeitende pensioniert werden und jüngere Personen nachrücken, entstehen automatisch Einsparungen, da jüngere Angestellte in der Regel tiefere Löhne haben. Diese Differenz könne genutzt werden, um leistungsstarke Mitarbeitende gezielt zu fördern und die Systempflege zu finanzieren.

Sie fragt, wie hoch dieser Mutationsgewinn im aktuellen Budget bereits berücksichtigt ist und wie viel der vorgesehenen 1%-Lohnentwicklung dadurch eigentlich schon abgedeckt wird. Aus ihrer Sicht sollte dieser Mechanismus auch in Zofingen bewusst eingesetzt werden.

**Daniela Nadler**, Einwohnerrätin,

betont, dass Wertschätzung nicht allein über den Lohn erfolgt. Aspekte wie Führung, Arbeitsbelastung und Teamkultur seien ebenso entscheidend. Eine Lohnerhöhung könne Wertschätzung ausdrücken, ersetze aber nicht Anerkennung durch Vorgesetzte oder gute Arbeitsbedingungen. Die Zustimmung zum Antrag sei nicht gegen die Verwaltung gerichtet, sondern berücksichtige die Arbeit der Mitarbeitenden und die Rahmenbedingungen, unter denen sie wirken. Sie spricht sich dafür aus, den Antrag der gIp anzunehmen.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,

erinnert an die Budgetdebatte 2022, als die Teuerung bei 3 % lag, der Stadtrat 1,9 % beantragte und der Vorschlag auf 2,4 % keine Mehrheit fand. Damals erklärte der Stadtrat, dass der Teuerungsausgleich ungenügend sei und ein Kaufkraftverlust entstehe, stellte aber zukünftige Lohnanpassungen in Aussicht. Er habe damals gefragt, weshalb dies später einfacher sein solle – nun zeige sich, dass es nicht einfacher geworden ist.

Er betont, dass die 1%-Lohnerhöhung für Systempflege und Teuerungsausgleich notwendig sind. Viele Kosten wie Krankenkassenprämien und Mieten seien nicht im Teuerungsindex enthalten. Angesichts dieser Belastungen bittet er den Einwohnerrat, den 1 % zuzustimmen und den Antrag der gIp abzulehnen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

betont, dass Wertschätzung nicht nur über den Lohn erfolgt, aber der Lohn dennoch ein wichtiger Bestandteil des Gesamtpakets bleibt. Führung, Arbeitsklima und Arbeitsplatzattraktivität seien zentral, doch auch finanzielle Anerkennung spiele eine Rolle. Der Stadtrat habe gemeinsam mit der Personalkommission – als Vertretung des Personals – intensiv diskutiert und einen realistischen, ausgewogenen Vorschlag erarbeitet.

Sie hebt hervor, dass die Lohnerhöhung nicht nur Teuerungsausgleich bedeutet, sondern auch individuelle Leistungsanerkennung ermöglicht. Dafür brauche es genügend Spielraum, denn gute Leistungen müssten sichtbar honoriert werden können. Zudem sei die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt entscheidend: Gute Fachkräfte seien zwar zu finden, aber nur mit grossem Aufwand, und

der Fachkräftemangel bestehe weiterhin. Ein konkurrenzfähiges Lohnniveau sei daher notwendig, um qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten.

Sie bittet den Einwohnerrat, den Antrag auf 0,5 % abzulehnen und die 1 % zu unterstützen – als Zeichen der Unterstützung für das bestehende Personal. Abschliessend erklärt sie, dass Mutationsgewinne und strukturelle Anpassungen selbstverständlich berücksichtigt werden, jedoch nicht im Rahmen der generellen Lohnerhöhung, über die der Einwohnerrat entscheidet.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

stellt eine klärende Nachfrage, um sicherzustellen, dass die Diskussion korrekt protokolliert wird. Er verweist darauf, dass zuvor von Michael Wacker behauptet wurde, die 1%-Lohnerhöhung des Stadtrats beinhalte sowohl Teuerungsausgleich als auch Systempflege. Andrea Plüss habe dem widersprochen. Nach seiner Interpretation der Ausführungen der Stadtpräsidentin liegt die Systempflege jedoch nicht innerhalb dieser 1%-Systempflege – etwa höhere Löhne durch Dienstjahre, Weiterbildungen oder Beförderungen – werde unabhängig davon gewährt.

Damit sei die Aussage, die 1 % deckten sowohl Teuerung als auch Systempflege ab, widerlegt. Der Einwohnerrat diskutiere heute folglich über den Teuerungsausgleich plus eine zusätzliche generelle Lohnerhöhung – nicht über Systempflege. Er bittet darum, dies klar festzuhalten, damit keine Begriffsvermischung entsteht.

**Luc Zobrist**, Einwohnerrat,

nimmt Bezug auf frühere Aussagen und ergänzt zwei fachliche Punkte. Zunächst widerspricht er der Behauptung, Mietpreise seien nicht im Landesindex der Konsumentenpreise enthalten. Sie seien im Gegenteil der grösste Bestandteil des Warenkorb, auch wenn über ihre Gewichtung diskutiert werde.

Zweitens reagiert er auf die Aussage, die Verwaltung habe im Jahr 2022 weniger erhalten als die Teuerung. Er betont, dass man die Lohnentwicklung langfristig betrachten müsse: Vor der Corona-Zeit habe es mehrere Jahre mit negativer Teuerung gegeben, in denen die Löhne dennoch gestiegen seien. Er bittet den Stadtrat um eine Einordnung, wie sich die Löhne über mehrere Jahre hinweg im Vergleich zur Teuerung entwickelt haben.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

stellt klar, dass gemäss Vorlage die generelle und individuelle Lohnerhöhung innerhalb der 1 % enthalten sind. Der Punkt sei jedoch ein anderer: Durch Mutationsgewinne – also wenn pensionierte Mitarbeitende durch jüngere, günstigere ersetzt werden – sei ein Teil dieser 1 % bereits im bestehenden Budget finanziert. Das Budget steige deshalb effektiv nicht um volle 1 %, weil die Lohnkosten durch natürliche Abgänge bereits sinken.

Sie regt an, künftig transparent auszuweisen, wie hoch diese Mutationsgewinne sind, da man aufgrund der Altersstruktur der Mitarbeitenden gut prognostizieren könne, wie viele Pensionierungen anstehen. Solche Zahlen würden helfen, die Diskussion über Lohnerhöhungen fundierter zu führen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

reagiert auf die vorangegangenen Punkte und stellt klar, dass der Kanton Zürich bezüglich Lohnniveau nicht mit dem Kanton Aargau vergleichbar sei. Die Stadt Zofingen liege im Lohnvergleich nicht besonders hoch, weshalb eine gewisse Lohnentwicklung notwendig sei.

Sie korrigiert zudem die Aussage, es habe jahrelang eine Negativeuerung gegeben: Tatsächlich gab es nur 2020 eine negative Teuerung von 0,7 %. 2022 lag die Teuerung bei 2,8 %, im Budget waren jedoch nur 0,5 % Lohnanpassung vorgesehen. 2023 betrug die Teuerung 2,1 %, budgetiert waren 1,9 %. Damals sei im Einwohnerrat diskutiert worden, dass dies zu wenig sei, und der Stadtrat habe

angekündigt, dies in den Folgejahren zu glätten. 2024 lag die Teuerung bei 1,1 %, im Budget waren 2,4 % vorgesehen, womit eine gewisse Korrektur erfolgt sei.

Sie betont erneut, dass die Teuerung nur ein Faktor sei. Die 1 % sollen bewusst in einen generellen und einen individuellen Teil aufgeteilt werden, damit gute Leistungen gezielt honoriert werden können. Diese Aufgabe liege bei den Bereichs- und Abteilungsleitungen.

*Das Wort wird nicht weiterverlangt.*

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident, erklärt das weitere Vorgehen in der Abstimmung. Zuerst wird über den Antrag der glp abgestimmt. Wird dieser angenommen, kommt er in die Schlussabstimmung. Wird er abgelehnt, gelangt der stadträtliche Antrag von 1 % in die Schlussabstimmung.

---

### **Antrag der glp-Fraktion**

*Besoldungen, Seite 25: Der vom Stadtrat vorgeschlagene Lohnzuwachs sei von 1 % auf 0,5 % zu kürzen.*

### **Abstimmung**

Der Antrag wird mit 15:19 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

*Der Antrag des Stadtrats obsiegt und kommt zur Schlussabstimmung.*

---

*Barbara Willisegger verlässt die Sitzung um 19:30 Uhr.*

**Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 35**

## **5. Zahlenteil (Seiten 27 ff.)**

### **5.9 Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung**

**Alice Sommer**, Einwohnerrätin, stellt folgenden Antrag:

*3292 Wildpark und Volière, Seite 89: Die Aufwandposition im Konto 3130.00, Dienstleistungen Dritter, sei um die Projektierungskosten für die Aufwertung des Tierparks Heitern um CHF 25'000 auf neu CHF 4'500 zu reduzieren.*

Begründet wird der Antrag damit, dass die geplanten Projektierungskosten zu wenig konkret seien. Bereits 2016/17 sei ein Planungskredit von 44'000 Franken für eine Konzeptstudie "Kultur- und Naturraum Heitern – Entwicklungsvision 2025" gesprochen worden. Das beauftragte Landschaftsarchitekturbüro habe unter anderem den Tierpark Lange Erlen geplant. Aus nicht bekannten Gründen sei das damalige Konzept jedoch nie umgesetzt worden. Die Fraktion möchte verhindern, dass ein neues Konzept erarbeitet wird, ohne das bestehende zu berücksichtigen. Zudem seien im Finanz- und Investitionsplan der kommenden Jahre keine weiteren Mittel für das Projekt vorgesehen. Die Fraktion sieht zwar Handlungsbedarf, fordert aber zuerst einen Grundsatzentscheid zur künftigen Ausrichtung des Tierparks, bevor neue Projektierungskosten ausgelöst werden.

*Diskussion zum Antrag*

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

weist darauf hin, dass er die frühere Konzeptstudie kenne. Diese habe jedoch das gesamte Gebiet vom Bergli bis zum Brunngraben umfasst und sei aus Spargründen nicht weiterverfolgt worden. Nun versuche man mit kleineren, kostengünstigeren Projekten mit dem Werkhof beim Tierpark voranzukommen. Er bedauert, dass gerade beim Tierwohl gespart werden soll.

Die Gehege, insbesondere jenes der Wildschweine, seien nicht mehr zeitgemäss. Der Stadtrat habe die 20'000 Franken für das Projekt bereits mehrfach gestrichen, nun seien sie im Budget enthalten, und man solle die Gelegenheit nutzen. Mit vergleichsweise wenig Aufwand könne eine deutliche Verbesserung erzielt werden.

Er bittet darum, den Betrag nicht zu streichen. Falls doch, solle zumindest ein Restbetrag von 5'000 Franken erhalten bleiben, da dies dem jährlichen Bedarf entspreche.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

betont, dass es sich beim Tierpark Heitern um ein Thema handelt, bei dem die Gemeinde selbst entscheiden kann, wie sie künftig vorgehen will. Die vom Stadtrat gegebene Begründung für die Projektierungskosten von 25'000 Franken sei unzureichend. Es gehe nicht nur um Tierwohl, sondern um eine grundsätzliche Diskussion über die Zukunft des Tierparks: Soll er aufgelöst, in einen Streichelzoo umgewandelt oder im bisherigen Konzept mit modernen Standards weitergeführt werden? Er fordert den Stadtrat auf, eine Kreditvorlage mit einer klaren Vision für den Tierpark zu erarbeiten. Erst dann sei der Einwohnerrat bereit, über konkrete Beträge zu entscheiden. Eine pauschale Summe ohne klare Zielsetzung sei nicht zielführend. Er ruft dazu auf, den Antrag der Grünen zu unterstützen, um eine fundierte Diskussion zu ermöglichen.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

betont, dass die beantragten Mittel genau dazu dienen sollen, eine Projektstudie zu erarbeiten, um dem Einwohnerrat aufzuzeigen, was der Stadtrat mit dem Tierpark Heitern vorhat. Ohne finanzielle Mittel könne keine fundierte Planung erfolgen. Es sei nicht möglich, ein Konzept ohne vorgängige Projektierung zu präsentieren. Er appelliert an den Einwohnerrat, die notwendigen Mittel zu sprechen, um eine seriöse Vorlage ausarbeiten zu können.

**Alice Sommer**, Einwohnerrätin,

bezieht sich auf die frühere Konzeptstudie, in der auch ein Vorschlag zur Aufwertung des Hirschparks enthalten sei. Sie stellt infrage, ob dieses Konzept tatsächlich veraltet ist oder ob man nicht direkt mit der Umsetzung einzelner Massnahmen beginnen könnte, anstatt erneut ein neues Papier zu erstellen, das womöglich wie frühere Studien ungenutzt bleibt.

Sie betont, dass sie eine grundsätzliche Diskussion über die Zukunft des Tierparks befürwortet. Gleichzeitig warnt sie davor, Geld auszugeben, ohne zu wissen, welche langfristigen Kosten daraus entstehen. Für sie ist es nicht nachvollziehbar, wofür die 25'000 Franken konkret eingesetzt werden sollen, solange keine klare Perspektive für die künftige Entwicklung des Tierparks vorliegt.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

unterstützt die Argumentation des Stadtrats und bezeichnet den vorgeschlagenen Weg als unbürokratisch und pragmatisch. Es gehe darum, mit wenig Aufwand konkrete Verbesserungen für das Tierwohl zu erzielen und gleichzeitig herauszufinden, wie das Projekt weiterentwickelt werden könne. Eine formelle Kreditvorlage mit umfassender Bürokratie sei zwar möglich, würde aber mehr Zeit und Geld kosten – mit vermutlich ähnlichem Ergebnis.

Er kündigt an, den Antrag der Grünen nicht zu unterstützen, und betont, dass er hier als Einzelvotant spreche und nicht im Namen seiner Fraktion.



---

### Antrag der Grünen-Fraktion

*3292 Wildpark und Volière, Seite 89: Die Aufwandposition im Konto 3130.00, Dienstleistungen Dritter, sei um die Projektierungskosten für die Aufwertung des Tierparks Heitern um CHF 25'000 auf neu CHF 4'500 zu reduzieren.*

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 16:16 (ja/nein) Stimmen bei 3 Enthaltungen mit Stichentscheid Präsident angenommen.

---

**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat,  
stellt folgenden Antrag:

*Honorare externe Berater, Fachexperten, Seite 47: Das Konto 0220.3132 sei um CHF 50'000 zu kürzen.*

Es betrifft die Position "Projektbegleitung bei der Überarbeitung des Personalreglements". Die Fraktion begründet den Antrag damit, dass die Projektbegleitung mehrheitlich durch internes Personal erfolgen könne und daher keine externen Fachberater notwendig seien. Sie bittet um Unterstützung für die beantragte Kürzung.

### *Diskussion zum Antrag*

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass die Überarbeitung des Personalreglements in den letzten vier Jahren mehrfach verschoben wurde – unter anderem wegen fehlender Ressourcen. Nun sei es dringend notwendig, das Projekt im kommenden Jahr anzugehen. Dafür brauche es eine fachliche Begleitung, insbesondere juristische Unterstützung, da es um komplexe und rechtlich relevante Fragen gehe.

Sie zeigt sich offen für Einsparungen, etwa wenn auf zusätzliche externe Projektbegleitung verzichtet wird – vorausgesetzt, die juristische Fachperson bleibt im Budget enthalten. Wenn jedoch beides gestrichen werde, könne das Projekt nicht umgesetzt werden. Sie fordert den Einwohnerrat auf, sich klar zu entscheiden, was er wolle – aber warnt davor, durch Kürzungen das Projekt ganz zu blockieren.

**Marco Negri**, Einwohnerrat

weist darauf hin, dass im Budget für die Überarbeitung des Personalreglements insgesamt 75'000 Franken vorgesehen sind. Der Kürzungsantrag der SVP beläuft sich auf 50'000 Franken, womit immer noch 25'000 Franken verbleiben würden. Dieser Betrag reiche aus, um bei Bedarf weiterhin externe Fachpersonen beizuziehen. Der Antrag sei deshalb ausgewogen und lasse genügend Spielraum für gezielte Unterstützung.

---

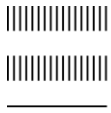
### Antrag der SVP-Fraktion

*Honorare externe Berater, Fachexperten, Seite 47: Das Konto 0220.3132 sei um CHF 50'000 zu kürzen.*

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 12:19 (ja/nein) Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

---



**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat,  
stellt folgenden Antrag:

*Seite 117: Die Aufwandposition 8140.3636.00 "Beitrag an Viehversicherungsverein Zofingen" sei von CHF 0 auf CHF 5'000, wie bisher, zu erhöhen.*

Er stellt klar, dass der Antrag von ihm stammt und nicht von der SVP. Er beantragt, den Gemeindebeitrag an die Viehversicherung Zofingen im Konto 8140.3636.00 wieder auf 5000 Franken zu erhöhen. Dieser Beitrag besteht traditionell aus einer Pauschale von 3500 Franken plus 300 Franken pro Schadenfall und wurde seit Jahrzehnten freiwillig aufgrund eines älteren Stadtratsbeschlusses ausgerichtet. Obwohl der Vertrag mit der Viehversicherung nie gekündigt wurde, steht im Budget neu 0 Franken, was er als widersprüchlich bezeichnet.

Er erläutert, dass der Beitrag keine Gewinnsubvention für Bauern sei, sondern eine teilweise Kostenabfederung für Schäden, die durch Siedlungsdruck entstehen, etwa Glasscherben, Metallteile, Aludosen oder Platzpatronen vom Kinderfest, die über das Littering auf die Felder gelangen. Gelangen solche Fremdkörper ins Futter, können sie bei Wiederkäuern tödliche Verletzungen verursachen. Die 5000 Franken lösten das Grundproblem zwar nicht, doch brauche es ohnehin bald Massnahmen beim Littering.

Er ergänzt, dass auch Nachbargemeinden wie Oftringen und Brittnau Beiträge leisten und teilweise zusätzlich die Kadaverentsorgung übernehmen. Deshalb beantragt er, die Aufwandposition wieder auf 5000 Franken zu erhöhen.

*Diskussion zum Antrag*

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass der Viehversicherungsverein Zofingen eine Selbsthilfeorganisation der lokalen Landwirte ist, die gemeinsam das Risiko von Verlusten bei Nutztieren trägt und Beiträge an entstandene Schäden ausrichtet. Die Stadt zahlt dem privatrechtlichen Verein mindestens seit 2001 einen jährlichen Grundbeitrag von 3500 Franken sowie im Schadenfall in der Regel 300 Franken für die Kadaverentsorgung. Damit werde auch ein Beitrag zur Pflege des Naherholungsgebiets abgegolten, insbesondere das Einsammeln und Entsorgen von Abfall, der zu Krankheitsfällen oder Ertragsverlusten führen kann.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

stellt eine Verständnisfrage und möchte wissen, weshalb der Beitrag an den Viehversicherungsverein aus Sicht des Stadtrats nicht mehr aktuell ist und was sich gegenüber früher verändert hat.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass der Beitrag an den Viehversicherungsverein aus Sicht des Stadtrats nicht mehr zeitgemäss ist. Der Entscheid, diesen Beitrag zu leisten, gehe weit zurück und sei 2001 lediglich wieder aufgenommen worden. Heute sei es bezüglich Versicherung anders organisiert, weshalb sich die Zahlung aus Sicht des Stadtrats erledigt habe.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

fragt nach dem genauen Mechanismus des Beitrags an den Viehversicherungsverein. Er erinnert daran, dass dieses Thema bereits mehrfach im Rat und in der FGPK diskutiert wurde. Der Beitrag sei eine Unterstützung an die Versicherungsprämie eines Vereins, bei dem Zofinger Landwirte ihr Vieh gegen Schadenfälle versichern. Wenn ein Schaden auf dem Feld durch eine Drittperson entsteht, etwa durch weggeworfene Abfälle, könne man über eine Kürzung diskutieren. Wenn jedoch die

Stadt selbst – wie beim Heitern während des Kinderfests – Patronen hinterlässt, die ins Futter gelangen und ein Tier töten können, sieht er die Stadt klar in der Verantwortung. Er fragt deshalb nach dem genauen Ablauf und nach der Höhe der Gesamtprämien.

**Yvonne Lehmann**, Einwohnerrätin,

bestätigt Wackers Schilderungen aus eigener Erfahrung. Ihr Schwager habe auf dem Heitern lange Pachtland bewirtschaftet, und sie habe selbst gesehen, wie eine Kuh Plastik frisst. Sie betont, dass das Littering auf dem Heitern nicht abgenommen habe. Deshalb versteht sie nicht, weshalb der Beitrag an die Viehversicherung angeblich nicht mehr notwendig sein soll.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erläutert den Ablauf der Viehversicherung. Die Mitglieder zahlen jährlich Prämien, deren Höhe sich nach Tierart, Anzahl und Wert richtet. Diese Beiträge fliessen in einen gemeinsamen Fonds, aus dem Schadenfälle entschädigt werden. Meldet ein Halter den Tod oder das Einschlafen eines Tiers, prüft der Verein den Fall, lässt bei Bedarf einen Tierarztbericht erstellen und zahlt danach den vereinbarten Schadenersatz aus. Dieser entspricht in der Regel nicht dem vollen Versicherungswert. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und legt Prämien sowie Entschädigungen fest.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,

erklärt, dass er aus seiner beruflichen Erfahrung die Landwirtschaft gut kennt. Die FGPK habe damals festgestellt, dass es für den städtischen Beitrag an die Viehversicherung keine Rechtsgrundlage mehr gebe und deshalb empfohlen, ihn zu streichen. Das entbinde die Stadt jedoch nicht davon, gemeinsam mit den Bauern eine sachgerechte Lösung zu finden, um Schäden angemessen abzugelten. Er erinnert daran, dass die obligatorische Viehversicherung, die früher existenzsichernd war, bereits in den 1990er- oder frühen 2000er-Jahren abgeschafft wurde.

**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat,

betont, dass die 3500 Franken Grundbeitrag kaum weit reichen und in etwa dem Wert einer einzigen Kuh entsprechen. Man könne zwar andere Lösungen suchen, doch weist er darauf hin, dass diese für die Stadt teurer werden könnten als der bisherige Beitrag.

**Yolanda Senn Ammann**, Einwohnerrätin,

sagt, sie verstehe den Zusammenhang noch nicht. Sie fragt, weshalb die bestehende Versicherung, die im Schadenfall zahlt, plötzlich als veraltet oder ungeeignet gelten soll. Wenn die Stadt Verantwortung trägt und die Versicherung den Schaden übernimmt, sieht sie nicht ein, weshalb man den bisherigen Beitrag streichen und eine neue Lösung suchen müsste.

**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat

Zu 80 % werden die Kosten übernommen.

**Peter Siegrist**, Stadtrat,

erklärt, dass es beim Beitrag an den Viehversicherungsverein nicht nur um die Versicherung an sich geht. Die Stadt zahlt jährlich 3500 Franken als Vereinsbeitrag sowie 300 Franken pro Schadenfall. Im Jahr 2025 seien fünf Fälle abgerechnet worden, also zusätzlich 1500 Franken. Er sagt, dass die Stadt die eingereichten Rechnungen nicht im Detail kontrollieren könne, etwa ob ein Tier noch verwertet werden konnte. Die Rechnung für 2025 belaufe sich somit auf 3500 Franken plus fünfmal 300 Franken.

**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat,

erklärt, dass die 300-Franken-Beiträge pro Schadenfall von der Stadt zwar an den Viehversicherungsverein bezahlt, anschliessend aber wieder den betroffenen Bauern verrechnet werden. Diese Beträge fliessen somit zurück und sind in der entsprechenden Budgetposition bereits berücksichtigt.

**Yolanda Senn Ammann**, Einwohnerrätin,

erinnert daran, dass es früher bereits ähnliche Diskussionen gab, etwa bei den Bienen. Sie betont, dass in der Schweiz nicht nur ein grosses Bienensterben, sondern auch ein Bauernsterben stattfindet und die Landwirtschaft weiterhin wichtig sei. Sie unterstützt deshalb den Antrag.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

stellt fest, dass in der Diskussion grosse Verwirrung herrscht. Sie betont, dass es für den Beitrag an die Viehversicherung keine gesetzliche Grundlage mehr gibt und es sich um eine freiwillige Zahlung handelt. Um die Debatte nicht weiter in die Länge zu ziehen, schlägt sie vor, den Antrag anzunehmen. Damit hätten Stadt und Landwirte Zeit, eine neue, tragfähige Lösung zu erarbeiten, die dann ab Budget 2027 wirksam werden könne.

---

#### **Antrag von Fabian Grossenbacher**

*Seite 117: Die Aufwandposition 8140.3636.00 "Beitrag an Viehversicherungsverein Zofingen" sei von CHF 0 auf CHF 5'000, wie bisher, zu erhöhen.*

#### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 21:9 (ja/nein) Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.**

---

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

stellt eine Verständnisfrage zur Budgetposition 3130.00 „Dienstleistungen Dritter“ in der Stadtkanzlei. Er weist darauf hin, dass in der Rechnung 2024 rund 18 000 Franken für externe Dienstleistungen ausgewiesen wurden, während im Budget 2026 neu 35 400 Franken vorgesehen sind. Gleichzeitig liege ein Antrag für eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle in der juristischen Beratung vor. Er fragt, wie diese Verdoppelung des Aufwands erklärbar ist, da eine interne Stelle normalerweise zu Einsparungen bei externen Dienstleistungen führen müsste.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass die budgetierten 35 400 Franken keine juristischen Beratungen enthalten. Diese Position betreffe vielmehr externe Dienstleistungen für die Weiterentwicklung und Abarbeitung verschiedener Projekte in der Stadtkanzlei. Für die genaue Zusammensetzung der Kosten verweist sie auf die Stadtschreiberin, die dies bei Bedarf präzisieren könne.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

bedankt sich für die Antwort, hält aber fest, dass die Argumentation für ihn nicht stimmig ist. Wenn der Stadtrat eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle beantragt, müsse er klar aufzeigen können, wo dadurch intern Einsparungen entstehen und auf welchem Konto diese sichtbar würden. Ohne diese Gegenüberstellung sei der Antrag aus seiner Sicht nicht konsistent begründet.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

geht ausführlich auf die Frage zur juristischen Unterstützung ein. Sie betont, dass es für eine Stadtverwaltung der Grösse von Zofingen absolut sinnvoll und notwendig sei, eine interne juristische

Fachperson verfügbar zu haben. Die Zahl juristischer Fragestellungen nehme stetig zu, externe Anwälte seien teuer, und viele kleine Alltagsfragen liessen sich intern schneller, effizienter und mit besserem Verwaltungsverständnis bearbeiten. Eine interne Fachperson ermögliche zudem Prävention statt spätere Schadensbegrenzung und eine raschere Bearbeitung von Beschwerden.

Sie verweist auf zahlreiche anstehende Reglementsrevisionen (u. a. Personalreglement, Parkierungsreglement, Gebührenordnungen), bei denen interne juristische Kompetenz besonders wertvoll sei. Mit der neuen Vizestadtschreiberin habe man bereits Glück gehabt, da sie juristische Qualifikationen mitbringe. Dennoch brauche die Kanzlei zusätzlich 50 % Sachbearbeitung, weil die bisherige 100 %-Stelle entsprechend aufgeteilt werde. Dadurch seien bereits gewisse Kostenreduktionen erzielt worden.

Zu den externen Dienstleistungen sagt sie, dass man im Budget nicht im Voraus exakt beziffern könne, wo künftig Einsparungen entstehen, da erst die Praxis zeigen werde, welche Drittaufträge tatsächlich wegfallen. Der Stadtrat gebe aber grundsätzlich kein Geld aus, nur weil es budgetiert sei, sondern nur, wenn es wirklich nötig sei. Entscheidend sei, dass die Verwaltung genügend internes Know-how und Ressourcen habe, um ihre Aufgaben effizient zu erfüllen.

**Daniela Nadler**, Einwohnerrätin,

sagt, sie verstehe die Ausführungen noch nicht ganz. Sie fragt konkret nach, wer nachher die Fachperson sei, die noch benötigt werde.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

stellt klar, dass die jetzige Vizestadtschreiberin Ende Jahr in Pension geht. Ihre Aufgaben müssen daher ersetzt werden.

**Daniela Nadler**, Einwohnerrätin,

bedankt sich für die Erklärung, hat aber eine weitere Frage: Wenn ohnehin eine neue juristische Fachperson eingestellt werden soll, weshalb wartet die Stadt dann nicht mit der Überarbeitung des Personalreglements? Stattdessen gebe man jetzt 75 000 Franken für externe Arbeiten aus, obwohl diese Aufgaben später intern erledigt werden könnten.

**Claudia Schürch**, Einwohnerrätin,

kritisiert, dass die Diskussion vom eigentlichen Thema abgekommen sei. Es gehe im Budgetprozess nicht darum, Aufgaben einzelner Mitarbeitender zu diskutieren, sondern um die Festlegung von Stellenprozenten. Sie appelliert daran, zur Budgetdebatte zurückzukehren.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

betont erneut, dass sie dankbar sei, dass die Budgetposition im Entwurf belassen wurde. Sie bittet darum, dem zukünftigen Stadtrat zu vertrauen: Es werde nur das Geld ausgegeben, das tatsächlich nötig sei – auch bei der Überarbeitung des Personalreglements. Wenn durch die neue interne juristische Unterstützung Einsparungen möglich seien, werde sich dies entsprechend im Budget niederschlagen. Der Stadtrat werde mit diesen Mitteln sorgfältig umgehen.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

weist Schürchs Kritik entschieden zurück. Er betont, dass seine Fragen direkt das Budget betreffen, da auf Seite 49 ausdrücklich der Verzicht auf externe Rechtsberatung erwähnt werde. Deshalb sei es völlig legitim, vom Stadtrat zu verlangen, offenzulegen, in welchem Konto diese Einsparungen sichtbar würden. Das sei die Aufgabe des Einwohnerrats als Aufsichtsorgan. Er ergänzt, dass Nach-

fragen erlaubt sein müssen, wenn Unklarheiten bestehen. Zudem würdigt er die Arbeit der Vizestadtschreiberin und stellt klar, dass seine Fragen nicht gegen Personen gerichtet seien, sondern der sauberen Budgetprüfung dienen.

**Yolanda Senn Ammann**, Einwohnerrätin,

sagt, kritisches Hinschauen sei selbstverständlich erlaubt – von allen Seiten. Wer austeiile, müsse auch Antworten akzeptieren. Sie findet jedoch, dass sich die Diskussion vom Kern entferne. Die Frage, die Hottiger stelle, sei eine typische FGPK-Thematik und müsse nicht in der Budgetdebatte ausführlich geführt werden.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

versucht die Diskussion zu klären, indem er direkt ins elektronische Budget schaut. Er verweist auf die Detailposition 3130 und die Erläuterung "Verzicht auf Inanspruchnahme externer Rechtsberatung". Im Budget 2025 seien dafür 58 000 Franken eingestellt gewesen, im Budget 2026 noch 35 400 Franken – also rund 23 000 Franken weniger. Er folgert, dass dieser Rückgang vermutlich genau jene Einsparung darstellt, die mit dem Verzicht auf externe Rechtsberatung gemeint ist.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

bestätigt Wackers Ausführungen: Die Reduktion der Position 3130 erklärt sich tatsächlich durch den Verzicht auf externe Rechtsberatung. Im Budget 2026 seien rund 23 000 bis 25 000 Franken weniger eingestellt als im Budget 2025. In dieser Position seien allerdings auch andere externe Dienstleistungen enthalten, etwa im Bereich Kommunikation.

**Marco Negri**, Einwohnerrat

stellt folgenden Antrag:

*Seite 90: Für die Beschaffung und Installation von zwei Mährobotern für den Sportplatz Trinermatte sei die Budgetposition 3410.3111,00 "Anschaffung Mobiliar, Maschinen, Geräte" (oder ein allenfalls besser passendes Konto) um CHF 25'000 zu erhöhen.*

Es wird beantragt, die Budgetposition für die Anschaffung von Mobiliar, Maschinen und Geräten um 25'000 Franken zu erhöhen, um zwei Mähroboter für die Sportanlage Trinermatte zu beschaffen und zu installieren. Drei dort aktive Vereine – TV Zofingen Leichtathletik, Frauenfussballclub Zofingen und SC Zofingen – hätten den Wunsch nach besserer Rasenqualität geäußert. Ein mehrwöchiger Test mit einem zur Verfügung gestellten Mähroboter habe gezeigt, dass der Rasen in deutlich besserem Zustand sei als zuvor.

Er erklärt, dass der Werkhof heute etwa zweimal pro Woche mit grossem logistischem Aufwand mähe: Der schwere Rasenmäher müsse verladen, transportiert, eingesetzt und wieder zurückgebracht werden. Bei Regen oder feuchtem Boden könne oft gar nicht gemäht werden, was zu Schäden und schlechterer Rasenqualität führe. Auch Personalausfälle führten zu Ausfällen beim Mähen. Die Mähroboter würden hingegen kontinuierlich arbeiten, teilweise mehrmals täglich, seien leicht, verursachten kaum Bodenverdichtung, arbeiteten nahezu geräuschlos und könnten auch nachts eingesetzt werden. Das verbessere die Planung von Trainings und Spielen und entlaste den Werkhof erheblich. Die Investition sei einmalig, Offerten lägen vor, und die laufenden Kosten für Strom, Messerwechsel und Wartung seien gering.

Negri betont, dass die Investition nicht nur einem Verein, sondern der gesamten Sportanlage und der Jugendförderung zugutekomme. Mit einem kleinen Betrag könne ein grosser Nutzen erzielt werden. Die SVP beantragt deshalb, die 25'000 Franken ins Budget aufzunehmen.

*Diskussion zum Antrag*

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

verweist zunächst auf das Protokoll der FGPK-Sitzung vom 6. November, ergänzt aber zusätzliche Erläuterungen. Er hält fest, dass der Vorschlag zwar nachvollziehbar sei, der Zeitpunkt jedoch ungünstig. Der Werkhof habe sein Budget für 2026 bereits im Mai eingereicht; nachträglich neue Ausgaben aufzunehmen, sei nicht möglich und auch nicht seriös.

Er erklärt, dass der Werkhof in die vorgängige Evaluation des vom SC Zofingen getesteten Mähroboters nicht einbezogen worden sei. Deshalb fehlten verlässliche Angaben zu Anschaffungs- und Betriebskosten. Ohne solide Entscheidungsgrundlage wolle der Werkhof weder Kosten noch Verantwortung übernehmen. Zudem würden Material und Arbeitsstunden nicht im gleichen Budgetposten geführt. Laut Offerte des SC Zofingen koste die Anschaffung rund 26'000 Franken, zu den Folgekosten gebe es jedoch keinerlei Angaben.

Die Stadt wolle mehrere Offerten einholen, Referenzen prüfen und Geräte besichtigen, die bereits im Einsatz seien, um seriös beurteilen zu können, welches Modell für die Trinermatte geeignet sei. Auch müsse klar geregelt werden, wer für Betrieb, Wartung und Einsatz zuständig sei. Der Roboter könne nicht das ganze Jahr eingesetzt werden, und gewisse Rasenschnitte müssten weiterhin mit dem bestehenden Mäher erfolgen.

Weishaupt weist zudem darauf hin, dass der getestete Roboter in diesem Jahr die weisse Linie nicht überfahren habe, weshalb der Werkhof nachmähen musste. Da die Trinermatte über zwei weitere Spielfelder und zusätzliche Rasenflächen verfüge, müsse der Werkhof ohnehin weiterhin vor Ort mähen. Er korrigiert zudem die Aussage, der Mäher werde jeweils auf einen Anhänger verladen: Der aktuelle Rasenmäher fahre selbstständig zu seinen Einsätzen.

Weishaupt ergänzt, dass vor einer Entscheidung weitere praktische Fragen geklärt werden müssen: Wo das Gerät stationiert wird, wie es geladen wird und welche zusätzlichen Installationen nötig sind. Der Stadtrat wolle erst dann entscheiden, wenn all diese Punkte geklärt seien und ein präzises Preisschild vorliege.

Er betont, dass der Stadtrat den SC Zofingen und die anderen Vereine unterstützen wolle, gleichzeitig aber auch die Bedürfnisse weiterer Vereine berücksichtigen müsse. Die Stadt sei bereit, das Anliegen aufzunehmen und den Dialog zu führen. Eine seriöse Prüfung im Rahmen des Budgets 2027 sei möglich.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

entgegnet, dass sehr wohl eine solide und endverhandelte Offerte vorliege. Die Anschaffung von zwei Geräten inklusive Installation koste 19'900 Franken, alles werde vom Lieferanten übernommen. Zudem habe der SC Zofingen den Werkhof am 23. Mai per Mail zu einer Vorführung eingeladen; der Termin habe am 28. Mai um 11 Uhr stattgefunden. Vertreter der BZZ-Betriebe seien anwesend gewesen und hätten das Gerät als sinnvoll beurteilt, jedoch auf die Zuständigkeit des Werkhofs verwiesen. Der Werkhof sei als einzige Stelle nicht erschienen.

Negri hält fest, dass eine Prüfung selbstverständlich möglich sei und auch weitere Evaluationen vorgenommen werden könnten. Dennoch könne der Einwohnerrat die 25'000 Franken jetzt ins Budget aufnehmen. Falls sich später zeige, dass die Anschaffung im Budget 2026 keinen Platz finde, könne die Position ungenutzt bleiben oder ins Budget 2027 verschoben werden. Wichtig sei jedoch, den Vereinen nicht erst in ein oder zwei Jahren eine Perspektive zu geben, zumal die Roboter nachweislich Kosten reduzieren und die Rasenqualität verbessern könnten.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

sagt, er sei sonst kein Freund von Mährobotern und bezeichne sie oft als gefährlich für Kleintiere. Auf den Sportrasenfeldern der Trinermatte bestehe dieses Risiko jedoch nicht, da dort weder Igel

noch andere gefährdete Tiere vorkämen. In diesem konkreten Fall erachte er den Antrag von Negri als sinnvoll und als wichtiges Zeichen an die Vereine, die sich im bisherigen Prozess seiner Ansicht nach nicht ernst genommen fühlten.

Er plädiert dafür, die 25'000 Franken jetzt ins Budget aufzunehmen. Der Werkhof könne anschliessend weiterhin alle nötigen Abklärungen treffen. Das vorliegende Angebot sei aus seiner Sicht ausreichend und gut. Falls die Evaluation später zeige, dass die Kosten höher ausfallen oder der Betrag nicht ausreiche, könne man immer noch entscheiden, ob die Position ausgeschöpft werde. Eine moderate Überschreitung – etwa 27'000 oder 28'000 Franken – würde wohl niemanden stören.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

Weishaupt entgegnet, dass die vorliegende Offerte 25'869 Franken betrage und nicht tiefer liege. Wenn man den Betrag ins Budget aufnehmen wolle, müsse man also mindestens diesen Wert berücksichtigen. Er betont erneut, dass es sich lediglich um eine Offerte handle und dies aus seiner Sicht keine seriöse Grundlage für einen Budgetentscheid sei. Weitere Angebote müssten zwingend eingeholt werden.

Er stellt zudem klar, dass das BZZ nicht für die Rasenplätze zuständig sei, sondern ausschliesslich der Werkhof. Man habe mit dem SC Zofingen ausreichend gesprochen und sei auf dessen Anliegen eingegangen. Wenn der Vorführungstermin für den Werkhof zeitlich nicht gepasst habe, sei das bedauerlich, aber dann hätte man einen anderen Termin vereinbaren müssen.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

zeigt sich erstaunt darüber, wie stark sich Weishaupt gegen die Anschaffung wehrt. Er betont, dass eine aktuelle und überarbeitete Offerte vorliege: 19'938 Franken, datiert vom 24. Juni. Diese sei verbindlich und ersetze die ältere Version, auf die sich Weishaupt beziehe.

Er dankt Wacker für dessen Unterstützung und hält fest, dass es ihm um die Vereine, die Rasenqualität und die möglichen Kostenreduktionen gehe. Er bittet den Rat erneut, den Antrag zu unterstützen.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

weist auf die Bedeutung einer sauberen Governance hin. Sie erinnert daran, dass die Stadt verschiedene politische Instrumente kenne – etwa Budgetanträge, Fragerunden, Interpellationen, Motionen und Postulate. Eine Änderung von Arbeitsprozessen, wie der Ersatz von Werkhof-Arbeit durch Mähroboter, gehöre ihrer Ansicht nach nicht in die Budgetdebatte, sondern müsse über ein anderes Instrument angestossen werden.

Sie betont, dass derzeit unklar sei, ob der Einsatz von Mährobotern tatsächlich kosteneffizienter wäre. Der Werkhof solle dies zuerst prüfen und die Ergebnisse in der nächsten Budgetrunde vorlegen. Sie spricht sich deshalb für die Ablehnung des Antrags aus.

**Rahela Syed**, Stadträtin,

spricht aus sportlicher Sicht und weist darauf hin, dass der Antrag nur zwei bis drei Vereine betreffe. Sie betont, dass andere Vereine ebenfalls Bedürfnisse hätten und man bei zusätzlichen Wünschen – etwa von Handball, Basketball oder anderen Clubs – die Gleichbehandlung sicherstellen müsse.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

hält fest, dass es nicht darum gehe, einen einzelnen Sportverein zu bevorzugen. Durch den Einsatz der Mähroboter könne der Werkhof entlastet werden, was Ressourcen freischaufle, die an anderer Stelle genutzt werden könnten. Selbstverständlich müsse weiterhin geklärt werden, wer welche Aufgaben übernehme und wie der Betrieb organisiert werde. Entscheidend sei jedoch, dass die Roboter

die intensiv genutzten Spielflächen pflegten und dadurch Aufwand reduzierten, ohne andere Vereine zu benachteiligen.

---

### **Antrag der SVP-Fraktion**

*Seite 90: Für die Beschaffung und Installation von zwei Mährobotern für den Sportplatz Trinermatte sei die Budgetposition 3410.3111,00 "Anschaffung Mobiliar, Maschinen, Geräte" (oder ein allenfalls besser passendes Konto) um CHF 25'000 zu erhöhen.*

*Maik Müller verlässt den Saal.*

*Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 34*

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 11:19 (ja/nein) Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

---

*Maik Müller ist wieder im Saal anwesend.*

*Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 35*

### **6. Kreditkontrolle (Seiten 150 ff.)**

*Keine Wortmeldungen*

### **7. Stellenpläne 2026 (Seiten 156 ff.)**

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,  
stellt folgenden Antrag:

*Die beantragten Stellenprozente sind um 130 % zu kürzen.*

Er stellt den Antrag der SP-Fraktion, die beantragten 130 Stellenprozente im Stellenplan 2026 vollständig zu streichen. Der Stadtrat wolle 100 Prozent im Hochbau und 30 Prozent im Werkhof schaffen, obwohl noch unklar sei, wie die zukünftige Organisation der Bauverwaltung aussehen werde. Er verweist darauf, dass der Stadtrat am 30. Oktober mitgeteilt habe, einen Ausschuss einzusetzen, der bis 31. März 2026 die Zielorganisation prüfe und Varianten erarbeite. In diesem Ausschuss sässen der Stadtpräsident und drei Stadträte. Es sei widersprüchlich, neue Stellen zu schaffen, bevor die neue Organisation überhaupt definiert sei.

Sommer betont, dass jede Organisationsentwicklung Synergien und Prozessoptimierungen anstrebe. Zudem stünden im Tiefbau und in der Hauswartung Pensionierungen an, und der Werkhof erhalte einen neuen Leiter. Der Weggang langjähriger Mitarbeitender bedeute zwar Wissensverlust, eröffne aber gleichzeitig Chancen für strukturelle Veränderungen.

Der Stadtrat solle diese Gelegenheit nutzen und erst nach Abschluss der Neuorganisation entscheiden, ob zusätzliche Stellen nötig seien. Falls ja, könne er jederzeit im nächsten Jahr einen Antrag stellen. Sommer bittet um Unterstützung des Kürzungsantrags.

*Diskussion zum Antrag*

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

erklärt, dass die FDP-ZM-Fraktion den Antrag der SP unterstützt, auch wenn die Begründung eine andere sei. Man sei sich im Rat bereits einig gewesen, dass die Gesamtstellenprozente um 130 Prozent reduziert werden sollen und es in der Kompetenz des Stadtrats liege, zu entscheiden, wo diese Kürzungen vorgenommen werden.

Er präzisiert seine früheren Aussagen zur Stadtplanung, nachdem er in der Pause auf mögliche Missverständnisse hingewiesen worden sei. Seine Kritik richte sich nicht gegen die bisherigen oder neuen Stelleninhaberinnen; die Fraktion sei lediglich inhaltlich gegen die Schaffung dieser Stelle gewesen und nach einem Jahr weiterhin nicht überzeugt vom Nutzen. Die Kompetenz der betroffenen Personen stelle er ausdrücklich nicht infrage, und der demokratische Entscheid des Einwohnerrats werde selbstverständlich akzeptiert.

Hottiger verweist auf die Medienmitteilung des Stadtrats vom 30. Oktober, wonach die Bauverwaltung in neuer Zusammensetzung reorganisiert und geprüft werde. Es sei möglich, dass Planung und Bau künftig wieder zusammengeführt würden – oder auch nicht. Dies liege vollständig in der Verantwortung des Stadtrats. Entscheidend sei, dass der Stadtrat die neuen Stellen erst dann besetze, wenn die zukünftige Organisation klar sei, damit die richtigen Personen zielgerichtet eingesetzt werden könnten.

Er betont, dass das Parlament hier nicht in der operativen Verantwortung stehe, sondern politische Signale setzen könne. Über die Fraktionen hinweg bestehe jedoch der Wunsch, die Reorganisation abzuwarten. Hottiger zeigt sich zuversichtlich, dass der neu zusammengesetzte Stadtrat diesen Prozess sorgfältig führen und die Stellenbesetzungen erst danach vornehmen werde.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

betrachtet den beantragten Stellenzuwachs aus einer übergeordneten Perspektive. Sie erinnert daran, dass der Rat jeweils fordere, das Stellenwachstum nicht stärker steigen zu lassen als das Bevölkerungswachstum. Zofingen sei zudem eine Zentrumsgemeinde, die zahlreiche Dienstleistungen für umliegende Gemeinden erbringe, was ebenfalls Personalbedarf verursache.

Gemäss der präsentierten Bevölkerungsprognose wachse Zofingen zwischen 2025 und 2026 um 1 Prozent. Bei aktuell 149,79 Vollzeitstellen entspräche dies rund 1,5 Stellen. Zusätzlich seien 50 Prozent des beantragten Zuwachses fremdfinanziert, weil Leistungen für Dritte erbracht würden, und 110 Prozent seien reine Leistungsreduktionen für Dritte. Zusammengerechnet ergebe dies 310 Stellenprozente, während der Stadtrat 340 Stellenprozente beantrage. Dieser Wert liege aus ihrer Sicht klar innerhalb der politisch gesetzten Limite.

Plüss betont, dass Zofingen als Zentrumsgemeinde funktionsfähig bleiben müsse und dafür ausreichend Personal brauche. Sie spricht sich deshalb gegen die beantragte Stellenkürzung aus.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

entgegnet, dass Plüss lediglich das isolierte Jahr 2026 betrachtet habe. Für eine seriöse Beurteilung müsse man jedoch die gesamte laufende Legislatur anschauen. Seit deren Beginn habe es ein massives Stellenwachstum gegeben, das das Bevölkerungswachstum deutlich übersteige.

Er betont, dass es nicht um eine eigentliche Kürzung gehe, sondern um ein weniger starkes Wachstum der Stellenprozente.

**Salome McNaught**, Einwohnerrätin,

unterstützt die grundsätzliche Überlegung von Plüss, betont jedoch wie Hottiger, dass es hier nicht um eine eigentliche Kürzung gehe, sondern um eine zeitliche Verschiebung. Mitten in einer laufenden Reorganisation neue Stellen zu schaffen, sei nicht sinnvoll, solange unklar sei, wie die zukünftige Struktur aussehe und wo tatsächlich Personal benötigt werde.

Sie hält fest, dass die Reorganisation durchaus ergeben könne, dass die Stellen später nötig seien – vielleicht sogar mehr. In diesem Fall könne der Stadtrat jederzeit, auch unterjährig, einen Antrag stellen. Jetzt jedoch Stellen vorzusehen und möglicherweise bereits zu besetzen, bevor klar sei, ob sie überhaupt gebraucht würden, berge das Risiko von Fehlbesetzungen.

Für sie ist deshalb entscheidend, die 130 Prozent aus dem Budget zu streichen – nicht, weil man grundsätzlich keine Stellen schaffen wolle oder dem Stadtrat übermässiges Wachstum unterstelle, sondern weil der Zeitpunkt falsch sei.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

erklärt, dass sie sich in ihrem vorherigen Votum ausschliesslich auf das Mengenwachstum bezogen habe. Sie gehe selbstverständlich davon aus, dass der Stadtrat keine Stellen "auf Vorrat" besetze, sondern Personal dort einstelle, wo es tatsächlich gebraucht werde.

Sie verweist auf die im Dokument genannten Gründe: Im Hochbau brauche es zusätzliche Kapazitäten für Hauswartung und Reinigung, weil die Stadt mehr Schulraum und mehr Nutzende habe. Das lasse sich nicht wegdiskutieren. Wer etwa beim GMS vorbeigehe und die zusätzlichen Container sehe, erkenne unmittelbar, dass die Arbeit real vorhanden sei.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erläutert grundsätzliche Überlegungen zum Stellenplan. Sie erinnert daran, dass dieses Instrument bei der Revision der Gemeindeordnung bewusst geschaffen wurde, um dem Stadtrat einen unternehmerischen Spielraum zu geben. Der sogenannte Puffer sei eingeführt worden, um nicht künstlich Stellen zu verstecken, sondern transparent zu zeigen, wo realer Bedarf bestehe. Der Stadtrat habe die beantragten Stellen seriös geprüft und sei überzeugt, dass sie notwendig seien.

Sie betont, dass bei jeder Neubesetzung oder Ausschreibung ohnehin geprüft werde, ob eine Stelle inhaltlich und vom Pensum her noch passe. Die Behauptung eines massiven Stellenwachstums relativiert sie: Viele neue Stellen seien durch regionale Kooperationen entstanden, die gleichzeitig zu erheblichen Kosteneinsparungen geführt hätten. Als Beispiel nennt sie die Zusammenführung der Feuerwehren Oftringen und Zofingen, bei der zwar Stellen geschaffen, die Kosten aber halbiert worden seien.

Zum Bereich Stadtentwicklung erklärt sie, dass 80 bis 100 Prozent der beantragten Stellenprozentage in diesen Bereich fallen. Stadtentwicklung sei Raumentwicklung und damit zentral für die Zukunft der Stadt. Es brauche entsprechendes Know-how, um Ortsplanung und Arealentwicklungen professionell zu begleiten. Sie bietet an, der FDP-Fraktion oder dem Rat in einem separaten Rahmen die anstehenden Projekte detailliert vorzustellen.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

bedankt sich für das Angebot der Stadtpräsidentin, die Hintergründe zur Stadtentwicklung in einem separaten Rahmen zu erläutern, und nimmt dieses gerne an. Ihm ist wichtig klarzustellen, dass die FDP-ZM-Fraktion aus anderen Gründen als die SP für die Reduktion der 130 Stellenprozentage ist.

Er betont, dass die Entscheidung, wo der Stadtrat Stellen schafft oder abbaut, vollständig in dessen Kompetenz liegt. Das Parlament könne lediglich politische Wünsche formulieren, aber nicht operativ eingreifen.

Wichtig sei ihm, dass später niemand behaupte, der Rat hätte zwingend an bestimmten Stellen abbauen müssen. Die Gewaltenteilung müsse respektiert werden, und der Stadtrat sei frei, die vom Parlament gesetzten Rahmenbedingungen nach eigenem Ermessen umzusetzen.

**Andreas Rügger**, Stadtrat,

hält fest, dass die zusätzliche Stelle in der Hauswartung nichts mit der laufenden Reorganisation zu tun hat. Die Hauswartung bleibt in allen diskutierten Modellen als eigene Einheit bestehen, weshalb

der Bedarf unabhängig vom organisatorischen Umbau besteht. Der aktuelle Abteilungsleiter geht in Pension, eine interne Nachfolge ist vorgesehen, und die Abteilung wird weiterhin eine Leitung benötigen.

Er betont, dass in den vergangenen Jahren mehrere neue oder stärker genutzte Flächen hinzugekommen sind: der Pavillon beim GMS, der Kindergarten Kanalweg, ein Schulraumprovisorium sowie die Stadtbibliothek mit der Open Library. Diese Entwicklungen führen zu mehr Unterhalt, zusätzlichen Reinigungsleistungen und häufigeren WC-Kontrollgängen. Die bestehende Mannschaft könne diese Mehrarbeit nicht mehr vollständig auffangen.

Würde die Stelle gestrichen, müsste der Stadtrat über Leistungsabbau sprechen. Unterhalt und Reinigung könnten nicht mehr im bisherigen Umfang gewährleistet werden. Rüeegger zeigt sich erstaunt, dass die SP eine Kürzung beantragt, obwohl sie den Hochbau wiederholt wegen mangelndem Unterhalt kritisiert habe. Er plädiert dafür, die Stelle zu bewilligen.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass der Werkhof die zusätzlichen 30-Stellenprozente in der Administration unabhängig von der künftigen Organisationsform benötigt. Die administrativen Aufgaben seien in den letzten Jahren stark gewachsen, weil der Betrieb zunehmend digital arbeite. Auch digitale Abläufe müssten geprüft, verarbeitet und korrekt weitergeleitet werden. Der Werkhof sei traditionell sehr schlank organisiert, sowohl personell als auch infrastrukturell. Vergleichbar mit einem Gärtnerbetrieb mit über zwanzig Angestellten benötige der Werkhof lediglich eine 50%-Administrationsstelle.

Er betont, dass der Stadtrat genau wisse, wo die zusätzlichen Stellenprozente eingesetzt würden. Eine Streichung hätte zur Folge, dass Arbeiten liegen blieben oder deutlich länger dauerten. Er unterstützt deshalb sowohl die dreissig Prozent für den Werkhof als auch die hundert Prozent im Hochbau und spricht sich klar gegen die Kürzung aus.

---

### **Antrag der SP-Fraktion**

*Die beantragten Stellenprozente sind um 130 % zu kürzen.*

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 28:5 (ja/nein) Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.**

---

## **8. Anträge (Seite 161)**

*Keine Wortmeldungen*

*Die Investitions- und Finanzpläne 2026–2035 werden im Detail beraten.*

1. **Einleitung** (Seiten 3 f.)
2. **Investitionspläne (Zusammenfassung und Anmerkungen zu Projekten)** (Seiten 5 ff.)
3. **Finanzpläne** (Seiten 19 ff.)
4. **Ausblick** (Seite 24)

**Daniela Nadler**, Einwohnerrätin,

fragt, wie der Umgang mit städtischem Land geregelt ist. Sie verweist auf den Investitionsplan (Seite 13, Konto 1.10800.01), in dem unter dem Konto für Industrieland ein Verkauf aufgeführt ist, und möchte wissen, ob solche Entscheide grundsätzlich politisch gefällt werden oder ob je nach Grundstück individuell entschieden wird.

**Adrian Gaberthüel**, Einwohnerrat,

wundert sich, weshalb die Weihnachtsbeleuchtung, die im vorherigen Investitionsplan noch enthalten war, im neuen Dokument nicht mehr erscheint. Er möchte wissen, aus welchen Gründen diese Position gestrichen wurde.

**Peter Siegrist**, Stadtrat,

erklärt, dass der Umgang mit Industrieland klar geregelt ist. Der Stadtrat entscheidet, ob ein Grundstück im Baurecht abgegeben oder verkauft wird, sofern der Entscheid innerhalb seiner finanziellen Kompetenz liegt. Liegt der Betrag darüber, muss der Einwohnerrat entscheiden.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass für den Investitionsplan dieselben Grundsätze gelten wie für andere Investitionen: Der Stadtrat prüft, was in den kommenden Jahren wirklich nötig ist. Bei der Weihnachtsbeleuchtung habe man die Position stark reduziert und eine andere Lösung gefunden, die aus Sicht des Stadtrats sinnvoll sei.

Sie hält fest, dass für das kommende Jahr keine Investition vorgesehen ist. Falls die Stadt später doch in eine neue Weihnachtsbeleuchtung investieren möchte, könne dies jederzeit über einen separaten Verpflichtungskredit dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,

erklärt, dass die zuvor angenommenen Anträge automatisch in die nun folgende Abstimmung einfließen. Alles, was der Rat bereits gutgeheissen hat, wird damit Bestandteil des Gesamtpakets, über das jetzt abgestimmt wird.

---

### Abstimmungen

1. *Das Budget 2026 der Einwohnergemeinde (beinhaltend die Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 %, die Investitionsrechnung und die Stellenpläne) wird genehmigt.*

**Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:0 (ja/nein) Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

2. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2026–2035 sei Kenntnis zu nehmen.*

**Von den Investitions- und Finanzplänen 2026–2035 wird mit 30:4 (ja/nein) Stimmen bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.**

---

---

### Traktandum 3 – Umfrage

#### *Hinweis der Protokollführung*

*An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.*

#### **Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

erklärt, dass sie erneut vermehrt Anfragen zur Verkehrssituation beim Bahnhof erhält, insbesondere zum Postparkplatz. Sie möchte wissen, ob und wann Massnahmen geplant sind, um das bestehende "Chrüsümüsi" zu entschärfen. Sie weist darauf hin, dass die Gesamtsituation betrachtet werden müsse und ein Postulat zu diesem Thema hängig ist. Sie fragt nach dem Zeitpunkt allfälliger Schritte und ob die Gemeinde beabsichtigt, in nächster Zeit Verbesserungen vorzunehmen.

#### **Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass zum Parkplatz- und Verkehrsproblem beim Bahnhof ein Postulat vorliegt, das derzeit geprüft wird. Anschliessend werde entschieden, wie damit umgegangen wird. Er erinnert daran, dass der Postparkplatz nicht öffentlich ist. Deshalb seien der Stadt Zofingen die Hände gebunden, was die Verkehrssituation auf diesem Areal betrifft.

#### **Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

hält fest, dass ihre ursprüngliche Frage noch nicht beantwortet wurde. Sie möchte wissen, wann die Stadt beabsichtigt, die gefährliche Verkehrssituation rund um den Bahnhof anzugehen. Der Bahnhof sei ein zentraler Ort in Zofingen, die Lage dort aktuell heikel. Ihr sei bewusst, dass es sich um ein komplexes Thema handelt, doch sie fragt ausdrücklich nach dem vorgesehenen Zeitrahmen, nicht nach der Lösung selbst.

#### **Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass das Kernproblem rund um den Bahnhof die schiere Menge an Verkehr ist. Zu den Spitzenzeiten seien schlicht zu viele Autos unterwegs, sodass die Strasse ihre Kapazitätsgrenzen erreiche.

Er betont, dass man das Problem nur lösen könnte, wenn man die Strasse sperren oder den Autoverkehr zu diesen Zeiten stark einschränken würde – Massnahmen, die realistisch kaum umsetzbar seien. Die Situation sei nicht nur in Zofingen so, sondern in vielen Städten vergleichbar. Wenn zu viele Fahrzeuge gleichzeitig unterwegs seien, entstehe zwangsläufig Chaos, und genau das zeige sich zunehmend auch in Zofingen.

#### **Anders Sjöberg**, Einwohnerrat,

berichtet, dass Eltern von Kindern im Fussballtraining ihn darauf hinweisen, dass bei schlechtem Wetter die Rasenplätze gesperrt sind. Da es zu wenig Kunstrasen gibt, müssen Trainings abgesagt werden. Die Eltern möchten wissen, weshalb Zofingen so wenig Kunstrasenplätze zur Verfügung hat.

#### **Rahela Syed**, Stadträtin,

erklärt, weshalb es in Zofingen nicht mehr Kunstrasenplätze gibt. In der Trinermatte sei geprüft worden, ob ein zusätzlicher Platz möglich wäre, doch Gewässerschutzgründe schliessen eine Erweiterung aus. Andere Standorte seien nicht abgeklärt worden. Sie hofft weiterhin, dass in der Region neue Möglichkeiten entstehen, betont jedoch, dass dies nicht in der Hand der Stadt liegt. Sie bedauert, dass Juniorinnen und Junioren im Winter teilweise nicht trainieren können.

**Alice Sommer**, Einwohnerrätin,

hält fest, dass sie bereits am 12. September 2022 dieselbe Frage gestellt hat und seither keine Veränderung erkennbar ist. Sie möchte wissen, nach welchen Kriterien die Sitze in den beratenden Kommissionen des Stadtrats vergeben werden, ob es Amtszeitbeschränkungen gibt, wie man Mitglied einer Kommission wird und ob frei werdende Sitze ausgeschrieben werden.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass die beratenden Kommissionen in der laufenden Amtsperiode für 5 Jahre gewählt sind, künftig jedoch für 4 Jahre. Massgebend für die Zusammensetzung sei der Bedarf des Stadtrats sowie das Ziel, in den Kommissionen unterschiedliche Perspektiven abzudecken. Der neue Stadtrat werde im kommenden Jahr die Mitglieder wählen und dabei auf eine möglichst diverse Zusammensetzung achten.

Eine Amtszeitbeschränkung besteht nicht. Für alle Kommissionen gibt es jedoch ein Pflichtenheft, das den Rahmen und die Aufgaben klar definiert.

**Thomas Affentranger**, Einwohnerrat,

interessiert sich für den Stand der denkmalpflegerischen Einschätzung bzw. die mögliche Unterschutzstellung der bestehenden Bits und möchte wissen, welche Auswirkungen dies auf ein künftiges OSZ B haben könnte.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass zur möglichen Unterschutzstellung im Zusammenhang mit dem OSZ B zwei Prozesse laufen. Einerseits liege ein Vorstoss von Attila Gigax zum Abbruchgesuch vor. Andererseits stehe die Stadt mit der kantonalen Denkmalpflege in engem Austausch, um zu klären, welche Möglichkeiten für die bestehende Bezirksschule bestehen, falls diese erhalten bleiben muss. Die Gespräche und Verhandlungen dazu laufen derzeit.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,

erinnert an die öffentliche Präsentation vom 20. Januar im Bürgersaal, an der verschiedene Varianten für das Betriebs- und Gestaltungskonzept des OSZ A vorgestellt wurden. Zudem verweist er auf die öffentliche Mitwirkung zum Verkehrskonzept, die am 17. März startete und bis zum 14. April schriftliche Rückmeldungen ermöglichte. Er fragt, weshalb die interessierte Öffentlichkeit seither weder über den Prozess noch über mögliche Ergebnisse informiert worden ist und wann die Resultate des Mitwirkungsverfahrens sowie die nächsten Schritte kommuniziert werden.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

erklärt, dass die Mitwirkung betreffend BGK ausgewertet ist und am folgenden Tag im Stadtrat beraten wird. Weitere Termine könne er zu diesem Zeitpunkt nicht nennen.

**Raphael Lerch**, Einwohnerrat,

fragt, ob der Räbeliechtli-Umzug weiterhin auf dem Heiteren stattfindet und damit autonom bleibt. Er möchte wissen, ob die Altstadt nicht auch für die Kleinsten geeignet wäre und weshalb ihr Umzug nicht durch die Altstadt geführt wird.

**Lukas Fankhauser**, Stadtrat,

erklärt, dass der Lichterumzug nicht mehr in der Altstadt stattfindet. Der Entscheid beruht auf Sicherheitsgründen: Die Altstadt müsste vollständig gesperrt werden, da rund 500 Kinder teilnehmen. Ohne Sperrung würden Autos mit eingeschalteten Scheinwerfern in den Umzug hineinragen und den

Lichtereindruck zerstören. Zudem wären die Geschäfte verpflichtet, ihre Schaufenster zu verdunkeln, was in der Vergangenheit nicht durchgehend gewährleistet war.

Aus diesen Gründen habe man vor 3 Jahren beschlossen, den Umzug in ein Quartier zu verlegen, in dem es dunkel genug ist und die Laternen besser wirken. Der Umzug findet nicht auf dem Heitere statt, sondern im Gebiet Kunzenbad und Steinerstrasse. Dort sei auch ein Kontermarsch möglich, sodass alle 500 Kinder die Laternen der anderen sehen können.

**Flavio Wyss**, Einwohnerrat

In der Stadt Zofingen findet der Ausbau des Glasfasernetzes statt. Ist der Stadt Beschwerden bekannt, dass da die Tiefbauarbeiten nicht seriös ausgeführt werden, und findet eine Qualitätskontrolle statt von diesen ausgeführten Arbeiten im öffentlichen Bereich?

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

erklärt, dass zu den Bauarbeiten für das Glasfasernetz sowie zu anderen Aufgrabungen keine Beschwerden bei ihm eingegangen sind. Er betont, dass die Stadt nach solchen Arbeiten jeweils Kontrollen durchführt. In wenigen Fällen seien Beanstandungen erfolgt, die jedoch behoben worden seien.

**Fabian Grossenbacher**, Einwohnerrat,

berichtet, dass er gefragt wurde, ob die Stadt Zofingen Geld für die Windräder in Wikon erhält und wofür sie dieses Geld bekommt.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass die Stadt derzeit keine Beiträge für Windräder erhält. Diskutiert worden sei einzig eine Anfrage von Windkraft Schweiz an die Ortsbürgergemeinde im Zusammenhang mit möglichen Standorten in Wikon. Dabei ginge es allenfalls um ein sogenanntes Überflugsrecht, falls ein Windrad in der Nähe einer Parzelle der Ortsbürger liege. Der Ortsbürgerausschuss und der Stadtrat würden eine solche Lösung empfehlen. Die dafür vorgesehene Entschädigung wäre jedoch gering und läge etwa beim Doppelten der Viehversicherung.

---

## Traktandum 4

### **Verabschiedung ausscheidende Mitglieder Einwohnerrat und Stadtrat sowie Schlussworte Stadtpräsidentin und Einwohnerratspräsident zum Ende Amtsperiode 2022-2025**

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

#### **Mitglieder des Einwohnerrats ohne Absenz in der Amtsperiode 2022–2025**

Der Ratspräsident würdigt die Mitglieder des Rates, welche in der Amtsperiode 2022–2025 keine Absenz vorzuweisen haben (Burkard Karin, Keller Thomas, Müller Maik, Schürch Claudia, Zinniker Beatrice). Zudem gibt es Einwohnerratsmitglieder, die nicht nur während dieser Amtsperiode keine Absenz hatten, sondern bereits in den Vorperioden keine solche zu verzeichnen hatten (Kirchhofer André, Lerch Raphael, Sjöberg Anders, Wacker Michael. Als Anerkennung wird diesen 9 Mitgliedern des Einwohnerrates zwei Flaschen Wein aus dem Rathauskeller sowie einen Gewerbegutschein der Stadt Zofingen über CHF 50 übergeben.

#### **Verabschiedung der austretenden Mitglieder des Einwohnerrats**

Die Mitglieder des Einwohnerrats, welche in der nächsten Amtsperiode nicht mehr im Einwohnerrat vertreten sein werden (Kirchhofer André, Hostettler Matthias, Willisegger Barbara, Gygax Attila, Zinniker Beatrice, Burkard Karin, Sommer Alice, Koechlin Ronni, Kast Jürg) werden in der Reihenfolge der Amtsdauer verabschiedet. Der Präsident bedankt sich bei allen austretenden Ratsmitgliedern für den Einsatz zugunsten der Stadt Zofingen und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

#### **Verabschiedung des Vizestadtpräsidenten und der Stadtpräsidentin**

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,

würdigt Christiane Guyer mit einer persönlichen und sehr herzlichen Abschiedsrede. Er erinnert daran, dass sie über 30 Jahre lang die Zofinger Politik geprägt hat: 15 Jahre im Einwohnerrat, 15 Jahre im Stadtrat und seit 2022 als Stadtpräsidentin. Zudem war sie bereits Ende der 1980er-Jahre im Grossen Rat aktiv.

Er betont, dass Christiane die grüne Politik in Zofingen nicht nur vertreten, sondern wesentlich gestaltet hat – insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit, Kultur und Sicherheit. Vieles, was heute selbstverständlich erscheine, sei durch ihr Engagement initiiert, getragen oder hartnäckig verteidigt worden.

Neben ihrem politischen Wirken habe sie beruflich als Abteilungsleiterin der Dienststelle Landschaft und Wald des Kantons Luzern grosse Verantwortung getragen – und gleichzeitig fünf Kinder grossgezogen. Hostettler zeigt sich beeindruckt, wie sie all dies bewältigt hat.

Er spricht offen an, dass eine Abwahl nie einfach sei, betont jedoch, dass sie ihre Leistung nicht schmälere. Demokratie lebe vom Wechsel, aber Haltung, Engagement und Überzeugung blieben. Christiane Guyer habe sich nie verbiegen lassen und Zofingen mit ihrer Gradlinigkeit und ihrem Einsatz bereichert.

Zum Schluss dankt er ihr für ihr jahrzehntelanges Engagement, ihre Hartnäckigkeit, ihren Humor und ihre Menschlichkeit – und wünscht ihr für die Zukunft mehr Zeit für Familie, Natur und alles, was bisher zu kurz gekommen sei. Er freue sich, sie weiterhin als wache und kritische Stimme in der Stadt zu wissen, wenn auch in neuer Rolle.

Er schliesst mit der Bitte um einen grossen Applaus für Christiane Guyer.

## Rückblick und Schlusswort der Stadtpräsidentin

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

hält ihre letzte Rede und blickt auf fast vier Jahrzehnte politisches Engagement zurück. Sie erinnert sich daran, wie sie Mitte der achtziger Jahre als zweiundzwanzigjährige Einwohnerrätin beginnt, in einer Zeit mit wenigen Sitzungen, Schreibmaschinenprotokollen und anderen Arbeitsweisen. Trotz der grossen Veränderungen bleibt sie ihren Grundsätzen treu: sich für die Zukunft einzusetzen, im Dialog zu bleiben und Lösungen zu suchen.

Sie führt anschliessend auf eine kurze Zeitreise ins Jahr zweitausendzweiundzwanzig. Zu Beginn der Legislatur beschäftigt sich der Stadtrat noch mit den Folgen der Pandemie, kurz darauf mit dem Ausbruch des Ukrainekriegs. Die Stadt stellt sofort das Gebäude in der Fridau für Geflüchtete bereit und trifft Massnahmen gegen die drohende Energiemangellage, etwa den autarken Betrieb des Feuerwehrmagazins. Ein Höhepunkt ist der Staatsbesuch von Bundespräsident Cassis und dem österreichischen Bundeskanzler im Februar zweitausendzweiundzwanzig, die Zofingen für seine Gastfreundschaft loben.

Trotz turbulenter Zeiten meistert die Stadt die Herausforderungen, weil alle zusammenarbeiten. Sie erinnert daran, dass die Bevölkerung damals dem Bau des Oberstufenzentrums noch nicht zugestimmt hat, heute aber bereits Fenster eingebaut sind. Es gibt zu dieser Zeit weder eine Velostation noch ein Parking unter dem Bahnhofplatz, keine sanierte BZZ-Anlage und keine regionale Musikschule. Die Open Library existiert bereits, wird aber erst nach und nach ausgebaut.

Guyer blickt auf weitere Entwicklungen seit 2022 zurück. Damals sind die Feuerwehren von Oftringen und Zofingen noch nicht zusammengeschlossen, heute bilden sie eine gemeinsame Organisation für zwei Gemeinden in einem Stützpunktgebiet. Auch die neue Bevölkerungsschutzregion Zofingen mit 23 Gemeinden existiert damals noch nicht, ebenso wenig der Vereins- und Informationsmarkt oder der Anlass für neu Pensionierte. Die koordinierte Entwicklung des Wirtschaftsgebiets ESP 16 steht nicht auf dem Plan, und stadt eigene Photovoltaikanlagen fehlen noch. Mehrere Strassen wie die Obere Mühlemattstrasse, der Eisengrubenweg und die Ringmauer gasse sind noch unsaniert, das Seniorenzentrum ist noch nicht verselbständigt und ein Intranet liegt in weiter Ferne. Heute ist die Stadt in all diesen Bereichen deutlich weiter. Vieles gelingt gemeinsam mit dem Stadtrat und dem Einwohnerrat, anderes verläuft anders als geplant, etwa die Fusion der Energie- und Wasserversorgung oder die Digitalisierung der Verwaltung. Der Altstadtentwicklungsprozess bleibt beim Leitbild stehen, und bei der Arealentwicklung liegt noch viel Arbeit vor der Stadt. Stadtrat und Einwohnerrat sind nicht immer einer Meinung und benötigen gelegentlich zusätzliche Runden, bringen aber dennoch zahlreiche Projekte voran. Angesichts der vielen grossen Vorhaben bleibt es wichtig, die finanzielle Balance zu halten und das solide Fundament der Stadt zu bewahren. Die Legislatur endet, und die nächste steht bereits bevor.

Guyer wünscht Einwohnerrat und Stadtrat Mut, Mass, Dialogfähigkeit, Einigkeit sowie Grosszügigkeit und Weitsicht. Beide Gremien seien von der Bevölkerung gewählt, um das Wohl der Stadt zu fördern, auch wenn sie unterschiedliche Rollen hätten. Das gemeinsame Ziel bleibe, Zofingen weiterzuentwickeln. Da man sich nicht immer einig sei, brauche es Aushandlungsprozesse, gegenseitigen Respekt und kritisches Wohlwollen. Eine funktionierende Gemeinschaft sei auf engagierte Menschen angewiesen.

Sie dankt allen, die sich für Zofingen einsetzen, besonders den Mitgliedern von Einwohnerrat und Stadtrat, die über viele Jahre zur positiven Entwicklung beigetragen hätten. Fehler gehörten zum Prozess. Ein grosser Dank geht an die Mitarbeitenden der Stadt, deren Engagement sie in den vergangenen 16 Jahren besonders schätzen gelernt habe. Sie hebt hervor, wie wertvoll es sei, wenn Ideen aufgegriffen und gemeinsam umgesetzt würden.

Sie würdigt den Ratssekretär für seine umfangreiche Protokollarbeit, die hunderte Seiten pro Jahr umfasst, und dankt den Ratspräsidenten für ihre anspruchsvolle Aufgabe. Auch den Medienschaffenden spricht sie ihren Dank aus, da sie mit transparenter Berichterstattung einen wichtigen Beitrag zur Demokratie leisten.

Zum Schluss wünscht sie allen viel Erfolg, gutes Gelingen bei den kommenden Entscheidungen und beste Gesundheit. Sie verabschiedet sich mit einem herzlichen Dank.

### **Verabschiedung des abtretenden Ratspräsidenten**

**Flavio Wyss**, Vizepräsident,

verabschiedet den scheidenden Präsidenten Hostettler, der den Einwohnerrat verlässt. Er beschreibt ihn als souverän, ruhig und professionell, was sich besonders in einer hektischen Situation am Vortag gezeigt habe, als Hostettler korrekt am Reglement festhält, als der Einwohnerrat ein Postulat verkürzt habe abschreiben wollen. Seit seinem Eintritt in den Einwohnerrat im Jahr 2014 bleibt er in all seinen Funktionen authentisch, sachlich und besonnen. Als Präsident übernimmt er weit mehr als nur formale Aufgaben, führt zahlreiche Gespräche innerhalb und ausserhalb des Rats und erfüllt repräsentative Pflichten, etwa am Kinderfest, wo er im schwarzen Frack mit dem Stadtrat durch die Stadt zieht.

Wyss hebt die angenehme Zusammenarbeit hervor und erwähnt, dass Hostettler künftig mehr Zeit mit seiner Familie verbringen und auch reisen wird. Er dankt ihm im Namen des gesamten Einwohnerrats für Professionalität, Neutralität, Souveränität und Menschlichkeit. Hostettler habe den Rat mit Ruhe, Klarheit und Stil geführt. Zum Schluss wünscht er ihm alles Gute für die Zukunft, viel Freude auf seinen Reisen und möglichst wenige Traktanden.

### **Schlusswort des Ratspräsidenten**

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,

blickt auf seine zwei Amtsjahre zurück und beschreibt sie als spannend und intensiv. Das Präsidentenamt sei weniger glanzvoll, als man sich vorstelle, sondern mit viel Arbeit und Vorbereitung verbunden. An den Sitzungen sei volle Präsenz gefordert, was an die Substanz gehe. Besonders wertvoll sei für ihn die Unterstützung des Ratssekretärs gewesen, der ihm in heiklen Situationen zuverlässig zur Seite gestanden habe.

Er erinnert sich an positive Momente bei externen Anlässen, etwa am kantonalen Treffen der Einwohnerratspräsidenten, wo sichtbar werde, dass viele Gemeinden ähnliche Herausforderungen hätten und Zofingen im Vergleich gut aufgestellt sei. Einige Punkte hätte er sich anders gewünscht, etwa mehr Austausch zwischen den Fraktionen. Früher habe es regelmässige Treffen der Fraktionspräsidenten gegeben, heute bleibe man oft innerhalb der eigenen Gruppe. Auch er selbst hätte als Präsident stärker auf die Fraktionen zugehen können. Mehr Gespräche miteinander statt übereinander würden zu besseren Entscheidungen führen.

Er empfindet die Voten im Rat teilweise als zu konfrontativ. Positionen müssten vertreten werden, doch auf kommunaler Ebene solle ein konstruktives Miteinander im Vordergrund stehen, um tragfähige Kompromisse für die Stadt zu finden.

Hostettler betont, dass der Rat das Wohl der Stadt fördern soll, was aus seiner Sicht manchmal zu kurz komme. Er beobachtet, dass sich der Rat gelegentlich in Detailfragen verliere und empfiehlt, öfter einen Schritt zurückzutreten und das grosse Ganze im Blick zu behalten. Diskussionen über sehr kleine Beträge seien im Rat nicht nötig und könnten vorgängig geklärt werden.

Er erinnert an Erfolge der vergangenen zwei Jahre, etwa die Sanierung der Pfistergasse, die dank Stichentscheid gelingt, sowie die Revision des Geschäftsreglements, die er gleich zu Beginn seiner

Amtszeit vertreten darf. Zahlreiche Projekte werden angestossen: die Verselbständigung des Seniorenzentrums, der Hochwasserschutz am Stadtbach, die Sanierung der Henzmannstrasse West, Werkleitungssanierungen am Thutplatz, in der Rathausgasse und der Engelgasse sowie der Ausbau der Veloinfrastruktur. Das Veloparkhaus an der Florastrasse und am Brühlweg steht kurz vor dem Start. Er hält fest, dass politische Prozesse manchmal schneller vorankommen, als man denke. Er hebt den Beschluss zur Überbauung der Unteren Vorstadt als wichtigen Meilenstein hervor, der das Stadtbild langfristig prägen wird. Das Areal Funken solle hoffentlich bald folgen. Er erinnert daran, dass er früher gegen das Projekt gewesen sei, weil er eine visionäre Verkehrsführung um die Altstadt bevorzugt hätte, etwa einen Einbahnverkehr. Als Demokrat akzeptiere er jedoch den Entscheid des Rates und unterstütze das Projekt. Nicht alles sei gelungen. Die Fusion der StWZ scheiterte an Rothrist, und die Abwahl von Guyer bezeichnet er als persönlichen Tiefpunkt. Solche Momente gehörten jedoch zur Politik. Er freue sich nun auf eine neue Rolle als interessierter Beobachter mit mehr Zeit für seine Familie. Zum Schluss dankt er für die Zusammenarbeit, die Diskussionen und die gemeinsamen Erfolge. Er wünscht dem Rat gutes Gelingen in der kommenden Legislatur und hofft auf eine einstimmige Wahl seines Nachfolgers. Er lädt alle zum Apéro ein und wünscht eine schöne Adventszeit.

---

Zofingen, 10. Februar 2026

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler  
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist  
Einwohnerratssekretär